

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 7.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 17. Februar 1911.

Insertionspreis für die vierteljährliche Petition 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf 11546. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Vorwärts wollen wir streben.

Es sind jetzt einige Jahre her, als ein sozialdemokratischer Verbandsbeamter in einer Versammlung sich zu der Behauptung verstieg, er ließe sich den Kopf herunternehmen, wenn unser Verband es auf 10 000 Mitglieder bringen würde. Damals zählte der Verband etwa die Hälfte von der genannten Zahl. Inzwischen haben die christlich gesinnten Holzarbeiter in allen Gegenden Deutschlands bewiesen, daß sie weder gesunken sind unter 10 000 stehen zu bleiben noch bei 100 000 Halt zu machen. Im Gegenteil, wir sind ernstlich gewillt, alles daran zu setzen, um zunächst das fünfzehnte Tausend und dann als weitere Etappe das zwanzigste Tausend zu erreichen.

Gerade in der letzten Zeit können wir die erfreuliche Tatsache feststellen, wie in sehr vielen Orten unsere Kollegen mit einer Rührigkeit bei der Werbearbeit sind, die ihresgleichen sucht. Kein Wunder, daß es in diesen Orten mit dem Verbande auch vorwärts geht. Woche für Woche werden so und so viel Neuaufnahmen gemeldet. Einige Zahlstellen haben sogar in den letzten Monaten um das Doppelte, andere um ein bedeutendes ihre Mitgliederzahl vermehrt. Wir nennen nur Aachen (Stadt) welches seine Mitgliederzahl von 160 auf 320 erhöhte. Dornhausen stieg von 80 auf 200; Duisburg von 200 auf 320; Dortmund von 260 auf 321; Danzig von 108 auf 140 usw. Ueberall ist Leben und Begeisterung anzutreffen, die zur Werbearbeit anspornt und dieselbe erleichtert.

Bei dieser Werbearbeit kommen unseren Mitgliedern die bisherigen Erfolge auf dem Gebiete der Lohnbewegungen, unsere gut ausgebauten Unterstützungsanstalten sowie die Ideale der christlichen Arbeiterbewegung zugute. Unsere Mitglieder werden in den Versammlungen nicht mit der Affentheorie gefüttert, es wird ihnen nicht zugemutet, ihren religiösen Glauben über Bord zu werfen und die Hoffnung auf das Jenseits anzugeben. Weder die religiöse noch die vaterländische Gesinnung der Kollegen wird in den christlichen Gewerkschaften angefaßt. Mit Begeisterung bauen unsere Kollegen ihre gewerkschaftliche Organisation zum Schutze ihrer materiellen Interessen aus; mit derselben Begeisterung können die Mitglieder daneben ihre religiösen und nationalen Ideale pflegen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung macht es nicht wie die „freie“, die auf der einen Seite dem Arbeiter viel mehr raubt, wie sie ihm auf der anderen Seite geben kann.

Darum ist es auch vergebliche Liebesmüh, wenn man christlich gesinnte Arbeiter mit materiellen Vorpiegelungen in die „freien“ Verbände hinüber zu ziehen sucht. Ein christlicher Arbeiter weiß, daß viel mehr auf dem Spiele steht wie die von den Gegnern vorgeschobenen materiellen Interessen allein.

Aber auch diese sind in den christlichen Verbänden sehr gut aufgehoben. Als Beweis dafür in unserem Verband dienen die schönen Erfolge bei den Bestrebungen um die Besserung der Arbeitsverhältnisse, dienen ferner unsere gut ausgebauten Unterstützungsanstalten, unser im Laufe der letzten Jahre verbessertes Beitragswesen, die Steigerung des Kassenvermögens usw. Alle diese materiellen Leistungen und Erfolge, sowie die Ideale unserer Bewegung müssen hineingetragen werden in die weitesten Kreise der Holzarbeiterschaft, müssen getragen werden auch zu den jugendlichen Kollegen, die unsere Reihen fortwährend ergänzen müssen.

Darum Kollegen an die Arbeit! Wir wollen uns rühlig zeigen auf der ganzen Linie. Wer als Vertrauensmann oder als Mitglied der Lokalverwaltung nicht mit in den vordersten Reihen stehen kann, der bearbeite wenigstens das Tätigkeitsgebiet der Werkstatt. Geschieht das, dann werden wir unerschrocken in der nächsten Zeit über weitere Erfolge berichten können. Wenn 14 000 Mitglieder tätig sind, sind große Erfolge sicher.

Die Verbandskrankengeldzuschusskasse

hat ihren Kassenabschluss für das Jahr 1910 in der Hauptsache fertiggestellt. Derselbe gibt ein sehr erfreuliches Bild. Trotzdem auch im abgelautenen Jahre 9420 Mk. für Krankengeld verausgabt wurde, ließ sich ein Ueberschuß von 2100 Mk. erzielen. Es wurde dadurch möglich, dem Reserfonds einen bedeutend höheren Anteil zuzuweisen, als durch das Gesetz vorgeschrieben ist. Dieses Resultat wird wohl von allen Kollegen, welche der Krankengeldzuschusskasse angehören, mit Befriedigung aufgenommen werden. Es wäre nun wünschens-

wert, daß eine noch größere Zahl von Kollegen sich der Krankengeldzuschusskasse anschließen würde. Krankheit ist ein Schreckgespenst für jeden Arbeiter. Selbst wenn er einen einigermaßen auskömmlichen Lohn hat, wird er mit Schrecken an etwaige Tage der Krankheit und der damit verbundenen Geldverluste denken. Mit Veruhigung dagegen kann man Krankheitslagen ins Auge sehen, wenn durch ausreichende Versicherung finanziellen Sorgen vorgebeugt ist.

Es scheint nun fast, als ob man der Krankengeldzuschusskasse des Verbandes in der letzten Zeit nicht die ihr zustehende Beachtung geschenkt hat. Eine planmäßige Werbearbeit für dieselbe war nur vereinzelt anzutreffen. Wo dagegen mit einer solchen eingesetzt wurde, blieben die Erfolge nicht aus. Man nehme z. B. konnte innerhalb weniger Wochen über 40 neue Mitglieder der Kasse zuführen und will in der nächsten Zeit seine Mitgliederzahl noch vergrößern.

Eine andere Art von Krankenkassen macht heute wiederum viel von sich zu reden. Es sind dies die im Privatbesitz befindlichen Krankenkassen, welche nur gegründet sind, um dem Besitzer und seinen Getreuen möglichst hohe Gewinne abzuwerfen. Die Praxis dieser Kassen ist schon hundertfach durch die Tages-, Arbeiter- und Gewerkschaftspresse beleuchtet worden. Wer in die unglückliche Lage kommt, an eine solche Kasse nicht bloß Beiträge bezahlen zu dürfen, sondern auch einmal Krankengeld zu beanspruchen, wird bald merken, mit wem er es zu tun hat. Vor uns liegt das Statut einer solchen Kasse, nach dem „Zu widerhandlungen gegen irgend eine Bestimmung des Statuts von der Direktion durch Erhebung einer Ordnungsstrafe bis zur sechsfachen Höhe der versicherten täglichen Entschädigung geahndet werden können“. Daß mit diesen „Abhandlungen“ nicht zu knapp verfahren wird, hat manchen Hereingefallenen erst die Erfahrung gelehrt. Dabei sind die Mädchen des Statuts derart eng geknüpft, daß es nur einem gewissen Juristen möglich sein kann, durchzuschlüpfen und der „Abhandlung“ zu entgehen.

„Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung“ lautet ein Hauptschlagwort dieser Kassen. Ein billiges Vergnügen, denn „Für chronische, periodische Leiden, körperliche oder geistige Gebrechen und Schäden, mit welchen das Mitglied schon vor der Aufnahme behaftet war, wird keine Entschädigung gezahlt“. Was für Krankheiten sich ein solch armes Mitglied noch gestatten darf, wird nicht gesagt. Jedenfalls wird es aber nicht die Freude haben, Krankengeld zu bekommen. Geradezu rigorose Paragraphen finden sich in fast allen Statuten dieser Kassen bezüglich der Krankenhausbehandlung. Man lese:

„Die Ueberweisung eines Mitgliedes in ein Krankenhaus, Heilanstalt oder Klinik erfolgt, gleichviel, ob dies verheiratet ist oder nicht, unabhängig von seiner Zustimmung oder von der des behandelnden Arztes, auch unabhängig davon, ob dasselbe schon bei einer Kasse gegen Krankheit oder Unfall versichert ist.“

Ein Kommentar zu diesem Paragraphen ist überflüssig, er spricht für sich selbst. Wer sich aber selbst diesen Anweisungen der Kasse fügte, hat „einen von der Generaldirektion angeordneten Umwechsel des Krankenhauses“ Folge zu leisten. Tut er's nicht, hat die Direktion wiederum einen neuen Grund, Krankengeld zu verweigern und Strafen zu verhängen. Die Mitglieder sind also vollständig der Gnade oder Ungnade eines profügigeren Direktors preisgegeben. Aber trotz aller üblen Erfahrungen finden sich alljährlich noch Tausende, welche sich von den Agenten solcher Schwindelkassen einfangen lassen.

Daß übrigens das Gewinnen neuer Mitglieder ein erträgliches Geschäft nicht nur für die Direktion, sondern auch für die angeworbenen Agenten ist, möge folgende Zusammenstellung beweisen, die sich in einem Schreiben findet, das einem Kassenmitglied von einer Privatkrankenkasse zugeht.

Es heißt da:
Für Ihre Müheverwaltung gewähren wir Ihnen folgende Bezüge:

1. 2 Mk. Aufnahmegebühr pro Mitglied,
 2. den ganzen ersten Monatsbeitrag,
 3. 10% Zinsprovision vom zweiten Monat ab,
 4. 10 Pf. Abholgebühr,
 5. 50 Pf. Polizeigebühr,
 6. 50 Pf. für jede Krankenkontrolle,
 7. 1 Mk. für Anzeigen eines Simulanten.
 8. 8 Mk. Bürozuschuß pro Monat für 60 zahlende Mitglieder,
 9. 15 Mk. Bürozuschuß pro Monat für 100 zahlende Mitglieder,
 10. 30 Mk. Extra-Bonifikation, wenn Sie uns innerhalb 2 Monaten 100 Anträge einsenden und kann bei Einlösung der 100 Polizen diese Bonifikation jedesmal am Ende des Monats von Ihrem Rechnungsbetrage in Abzug gebracht werden.
- Für jeden, der's versteht, ein einträgliches Geschäft. Angehends solcher Tatsachen sollte sich kein Verbandsmitglied einer solchen Kasse anschließen. Dies um so mehr, als

alle Mitglieder, welche das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, auch Mitglieder der Krankengeldzuschusskasse werden können. In den nächsten Tagen möge sich einmal jeder die Frage vorlegen: Bin ich ausreichend gegen Krankheit versichert? Einige Tausend unserer Verbandskollegen, besonders die jüngeren, müssen diese Frage mit nein beantworten. Das ist insbesondere in der heutigen Zeit der stets zunehmenden Unfälle sehr zu beklagen. Unsere Verbandskrankengeldzuschusskasse bietet den Kollegen die Möglichkeit, sich ein auskömmliches Krankengeld zu sichern. Sie gibt die Garantie dafür, daß alle Gelder verwandt werden zum Nutzen der Mitglieder. Für Verwaltungskosten gibt sie kaum 2% der Einnahmen aus. Jedem Kollegen kann also der Beitritt nur warm empfohlen werden. Beitrittserklärungen nehmen gern die Kassierer entgegen und sind dieselben auch zu Auskünften bereit. In den Zahlstellen aber möge man dafür sorgen, daß die Kollegen in geeigneter Weise auf die Vorteile der Krankenkasse aufmerksam gemacht und zum Beitritt aufgefordert werden. Wie für den Verband, so betreibe man auch für die Krankenkasse rege Werbearbeit.

Das deutsche Holzgewerbe im Jahre 1910.

Es ist nicht gerade zu verwundern, daß die günstigen Aussichten, mit denen das Holzgewerbe in das Jahr 1910 eintrat, sich im Laufe des Jahres nicht verwirklicht haben. Ein Korrespondenzartikel, der durch die Tagespresse läuft, weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß die ungünstigen Einflüsse noch viel zu zahlreich waren, um den Erholungsprozeß nicht um Monate zurückzuwerfen. Schon gleich im Frühjahr, wo die Saison hätte einsetzen sollen, kam der Bauarbeiterkampf und beeinträchtigte den Abzug des Holzgewerbes, das ja doch in hohem Maße auf den Bedarf des Baugewerbes angewiesen ist, empfindlich. Kaum war die Bautätigkeit wieder in vollem Umfange aufgenommen, als der Kampf in der Holzindustrie begann, der das Holzgewerbe auch nicht unberührt ließ. Es kam dazu, daß die Hochwasserkatastrophen im Jahre 1910 besonders zahlreich waren und somit die Rohstoffversorgung im Holzgewerbe auch beeinträchtigt wurde. Diese verschiedenen Ursachen wirkten zusammen, um die Besserung am Arbeitsmarkt, die bis Jahresmitte bestand, ganz verschwinden zu lassen. Die Erhebungen über die Arbeitslosigkeit, die in den Organisationen der Holzarbeiter gepflogen werden, ergaben von Monat zu Monat eine abnehmende Besserung gegenüber 1909.

Die gleiche Bewegung ergibt das Bild des Andranges am Arbeitsmarkt, wenn sich auch hier noch bis Ende des Jahres eine Besserung gegenüber dem Vorjahre erhofft. Die Zahl der offenen Stellen, die im Januar um 70 Prozent über die vom Januar 1909 hinausging, hatte im November nur noch einen Vorprung von 31,9 Prozent, während die Zahl der Arbeitssuchenden, die im Januar noch um 9,8 Prozent geringer war als 1909, im November um 15,06 Prozent über die vom November 1909 hinausging. Der Andrang Arbeitssuchender auf je 100 offene Stellen stellte sich im Januar auf 312,21, oder um 277,50 niedriger als ein Jahr zuvor. Im Februar ging die Erleichterung gegenüber 1909 auf 203,62, im März auf 133,34, im April auf 120,10 zurück und im Mai stellte sie sich auf 81,71. Der Monat Juni brachte noch einmal eine kleine Besserung, so daß das Minus wieder auf 89,15 amuckte. Im Juli begann aber die Abschwächung von neuem: von 89,15 ging die Besserung auf 61,78, im August auf 31,30, im September auf 27,33, im Oktober auf 26,14 und im November endlich auf 22,09 zurück. Der Andrang betrug im November 226,13 gegen 248,52 im November 1909.

Auch die Bewegung der Rohstoffzufuhren vom Ausland ging nur wenig über die vom Jahre 1909 hinaus; die Einfuhr von Bau- und Nutzholz erreichte in den elf Monaten Januar bis November 1910 einen Umfang von 53 316 052 D. gegen 52 737 897 D. im gleichen Zeitraum 1909 ergibt. Nur ist aber auch die Zufuhr gewachsen und zwar mit 2 383 040 auf 2 007 112 D., so daß sich eine Mehreinfuhr von nur 50 408 910 D. ergibt. Im Vorjahre hatte sie 50 354 857 D. betragen. Der Wert des eingeführten Bau- und Nutzholzes stellte sich auf 252,67 Millionen Mark gegen 244,31 im Jahre zuvor, der des ausgeführten Holzes betrug 17,37 gegen 14,61 Millionen, so daß für die Mehreinfuhr eine Summe von 235,30 Millionen Mark gegen 229,50 Millionen in der gleichen Zeit 1909. Besonders kräftig hat die Holzeinfuhr aus Oesterreich-Ungarn, Schweden und Amerika zugenommen, während die Einfuhr russischen Holzes ziemlich merklich gemindert ist.

Für gewisse Branchen des Holzgewerbes bildete im Jahre 1910 die Zunahme der Exporttätigkeit einen gewissen Ausgleich der unbefriedigenden Lage des Inlandsmarktes. Es wurden in den Monaten Januar bis November insgesamt 626 240 D. Holzwaren am Weltmarkt abgesetzt, während die

Holzwarenausfuhr in der Parallelexeit 1909 nur 524 320 D. betragen hatte. Sie hat demnach um 101 920 D. oder um 19 1/2 Prozent zugenommen. Demgegenüber fällt die Zunahme der Holzwareneinfuhr nicht ins Gewicht, da diese nur von 331 984 auf 346 280 D. gestiegen ist. Bewertet wurde die Holzwarenausfuhr im Jahre 1910 mit 45,61 Millionen Mk. gegen 37,03 Millionen im Jahre 1909. Der Wert ist also um 23 Prozent in die Höhe gegangen. Eine sehr fruchtige Zunahme hat vor allem die Ausfuhr von Fassern, Möbeln, rohen, groben Holzwaren, Kisten und Bildhauerarbeiten und dergleichen aufzuweisen, während die Ausfuhr anderer feiner Holzwaren zurückgegangen ist. Die Holzpreise haben im allgemeinen keine bemerkenswerten Veränderungen erfahren und waren an und für sich nicht sonderlich hoch.

Daß die Abzählungen am Inlandsmarkt auch auf die Gestaltung der Unternehmungslust im Holzgewerbe zurückwirken würden, war zu vermuten, und es überrascht nicht, daß die gesamten Neuinvestitionen in holzgewerblichen Betrieben in den Monaten Januar bis November 1910 nur 12 088 800 Mark erreichten gegen 12 096 400 Mark ein Jahr zuvor. Die allerdings minimale Abnahme fällt aber deswegen um so mehr ins Gewicht, weil bereits die Vorjahre scharfe Abnahmen gebracht hatten. In der Parallelexeit 1908 betragen die Neuinvestitionen in der Holzindustrie 13,45, 1907 25,19 und 1906 endlich 15,24 Millionen Mark. Der Betrag vom Jahre 1910 ist also der niedrigste in den letzten fünf Jahren. Ungünstig auf die Unternehmungslust dürfte aber auch der Umstand zurückgewirkt haben, daß die bestehenden Aktiengesellschaften der Holzindustrie für ihr letztes Geschäftsjahr keine steigenden Geschäftsergebnisse aufwiesen. Denn bei 50 der Holzindustrie zugehörigen oder ihr nahestehenden Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 70,76 Millionen Mark 1908—1909 und 77,64 Millionen 1909—1910 wurden im letzten Betriebsjahre durchschnittlich 9,0 Prozent Dividende verteilt gegen 10,9 Prozent im Jahre zuvor.

Lebensgewohnheiten von Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren.

(Vehreichte Betrachtungen aus dem roten Heerlager.)

Auf dem Magdeburger sozialdemokratischen Parteitag empfahl der Führer der sozialdemokratischen Partei August Bebel seinen Parteiangehörigen ein „geundetes demokratisches Mißtrauen“ gegen ihre Führer. Die Folge war eine ausgiebige Erörterung in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspreß über „Demokratie und Gewerkschaften“.

In derselben hat sich besonders hervorgetan der zum radikalen Flügel des sozialdemokratischen Oberbanners zählende „Genosse“ Pannetoeck, der hierbei wieder einmal die Gelegenheit wahrnahm, seinen Unmut an den revisionistischen Gewerkschaftsführern auszulassen und ihnen alle Schuld zuzuschreiben, wenn die mehr revolutionär gesinnten Massen der Gewerkschaftsmitglieder ihnen ein begründetes Mißtrauen entgegenbrächten. Dieser „Genosse“ Pannetoeck, der die in „gehobener Stellung“ befindlichen Gewerkschaftsführer so schlecht leiden mag, ist derselbe, der in einem Artikel „Unteroffiziere“ im Dezember 1909 in sozialdemokratischen Blättern von diesen schrieb:

„Diese Arbeiterbeamten leben unter Verhältnissen, die von denen der Massen der Proletariat verschieden sind. Wenn sie auch nicht alle finanziell besser gestellt sind als die besser entlohnten Arbeiter, so ist ihre Lebensstellung doch sicherer und ruhiger; sie haben als selbständige Beamte der niedrigen Intelligenz und der höchsten Bureauplatze gleich. Daher wird nur zu oft namentlich die revolutionäre Gesinnung allmählich einer bürgerlichen Lebensauffassung weichen. So entsteht nach und nach ein Gegensatz zwischen den Massen und den Führern.“

Diese ipsemetische Gege gegen die Gewerkschaftsführer durch den „Genossen“ Pannetoeck ging der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften doch wohl wohl über die Haarschwelle und in der Nummer 2 ihres „Korrespondenzblattes“ stellt sie dem „Genossen“ Pannetoeck folgende Qualifikation aus:

„Die ganze Zeit der Pannetoeck'schen Kritik ist um so fruchtbarer als sie ausgeht von einem Manne, dessen bürgerliche Lebensverhältnisse und Lebensgewohnheiten wohl allen Gewerkschaftsbeamten in Deutschland ohne Ausnahme unerreichtbar bleiben werden. So leid es uns um persönliche Verhältnisse in die Erwähnung ziehen zu müssen, so läßt es sich in diesem Falle nicht vermeiden. Nicht wir haben damit begonnen, die geistige Lebensstellung mit dem revolutionären Kampfbewußtsein in Zusammenhang zu bringen. Pannetoeck ist von Fühlungslosigkeit der Partei und Gewerkschaften in Bremen als selbständige Behörde mit 4000 Mk. Jahresgehalt angestellt. Die Gewerkschaften tragen 1500 Mark jährlich zu seinem Gehalte bei. Damit kann vermuthet am wenigsten sein, daß er nicht einverstanden ist, und so wurde gleich bei seiner Abkündigung bemerkt, daß dies nur die „Grundlage“ zu seiner Existenz sein könne. Für eine selbständige Existenz würde ihm das politische Feld offen stehen. Seine Abkündigung beantwortet nur wenige Stunden seine Tätigkeit; die alle Beamten außerhalb Bremen erhält er seine besondere Befehlsgewalt. Seine Kritik über die Parteiführer bringt ihm einen erheblichen Rufgewinn, und diese Korrespondenz, deren Druck ihm die Bremer „Vorgängerin“ kostenlos anstellt, wird für eine Monatsbeilage von 10 Mark von verschiedenen Stellen nachgezahlt. So wird sein Einkommen in Bremen auf das Bisherige bis fünfmal erhöht, was die von ihm angeregten Gewerkschaften bezahlen. Auch über die gewerkschaftlichen Leben mit einer wichtigen höheren Stelle. Er wohnt in der Burger Straße in Bremen, einer Gegend, wo sich nur die wohlhabendsten Bourgeoisie zu wohnen pflegen, was ihm in Bremen legt in „Vorgängerin“, was er natürlich nicht leugnen will, mit dem Arbeitermassen in Fühlung zu bleiben, als die Gewerkschaften, die in Arbeitermassen stehen. Doch ist Pannetoeck wichtiger Direktor, die er nach dem Weg der bürgerlichen Welt, was auch den Parteiführern nicht, haben werden nicht in die proletarischen Gewerkschaften, die in besonders lebhaften Kampfbewußtsein stehen. Der selben Dem

auf die Annehmlichkeiten der bürgerlichen Wohlhabenheit legt, der sollte es wirklich peinlich vermeiden, den Gewerkschaftsbeamten ihre gesicherte Existenz als Hindernis revolutionärer Gesinnung zum Vorwurf zu machen.“

Das ist also der „Genosse“ Pannetoeck, der in der sozialdemokratischen Presse den schlimmsten Radikalen spielt und trotz seiner „bürgerlichen Lebensgewohnheiten“ es nicht verschmäht, die proletarischen Intimitäten nicht bloß gegen die Bourgeois, sondern sogar gegen die „Proletariat in gehobener Lebensstellung“, die Gewerkschaftsführer, wachzurufen. Natürlich ist Pannetoeck über das „Korrespondenzblatt“ jetzt sehr erbozt. Er wirft ihm persönliche Bekämpfung nach der Methode des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vor, auch seien seine Angaben zur Hälfte falsch. Was jedoch falsch ist, teilt er nicht mit, wozu das genannte Blatt vielfach bemerkt, „vielleicht hätte sich das Bild dann noch etwas vervollständigen lassen“. Im übrigen wird seine Erwiderung als ein „dreiste Konfusion“ bezeichnet, da, wenn „alle geistigen und politischen Differenzen“ natürliche und notwendige Ausflüsse materieller Verhältnisse sind, sich der anscheinend „wohlstufierte“ Pannetoeck dieser Wirkung ebenfalls nicht entziehen könne. Zum Schluß seiner Erwiderung, wobei er droht, sich nicht einschüchtern zu lassen, erklärt Pannetoeck:

„Die Gewerkschaftsbewegung hat noch etwas mehr nötig, als bloßes Vertrauen der Masse zu den Führern... Lieber das, was für die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die Gewerkschaftsbewegung im besonderen gut und nützlich ist, sind für uns auch noch andere Faktoren maßgebend, als die Ansichten der Gewerkschaftsbeamten und des „Korrespondenzblattes“.

Wozu das „Korrespondenzblatt“ erklärt: „Gewiß, sie hat sehr vieles notwendig, vor allem, daß die Arbeitermassen dazu erzogen werden, ihre Interessen klar zu erkennen und nur die besten und jäsigsten Köpfe zu ihren Führern zu erwählen, damit das Vertrauen zu letzteren ein möglichst festes und langes werde. Wer aber seinen Beruf als Volkslehrer dazu mißbraucht, das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Führern ohne andere sachliche Gründe als lediglich doktrinarer Konfusion zu untergraben, der schädigt die Arbeiterbewegung.“

Für diesen „dreisten Konfusionär“, der die Arbeiterbewegung „schädigt“, zahlen aber die Bremer „freien“ Gewerkschaften jährlich 1500 Mark. Dafür dürfen sich alsdann die sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretäre gegenüber ihren Mitgliedern verdächtigen und beschimpfen lassen. Pannetoeck handelt wie noch viele andere seiner Parteigenossen, die Gewerkschaftsbewegung ist ihnen nur insofern willkommen, als sie die politisch revolutionären Ziele der sozialdemokratischen Partei fördert. Alles andere ist ihnen Nebensache. Bemerkenswert ist, daß Pannetoeck ein aus Holland importierter „Genosse“ ist, der mit seinen dortigen Parteifreunden nicht auf bestem Fuße stand. Die deutschen „Genossen“ hielten ihn gut genug für sich. „Die Guten, die du dir bindest, mit denen wirst du geschlagen“. Wir glauben, in der sozialdemokratischen Partei gibt es noch mehr solcher „Pannetoecks“.

Wie in Westpreußen das Vereinsgesetz angewandt wird.

Einer besonderen Aufmerksamkeit seitens der Polizeiverwaltung von Gzerst und des Herrn Landrats von König erfreuen sich die christlichen wie überhaupt alle Gewerkschaften in Gzerst. Dieser Aufmerksamkeit hatte unser Kollege Schopohl-Danzig sein Erscheinen auf den Anklagebänken der Gerichte in König zu verdanken. Wir haben bereits in der letzten Nummer kurz von der Verhandlung vor der Strafkammer König genommen. Bei der interessanten Sachlage lohnt sich jedoch eine ausführlichere Besprechung der Vorgänge!

Die Firma Hermann Schütt in Gzerst hatte ihren Arbeitern am Ende des Jahres 1909 Löhne zahlen lassen, daß sie ihnen den Lohn erst nach Neujahr (das war, da Neujahr auf einen Sonntag fiel, erst am 3. Januar) auszahlen werde. Die Arbeiter drohten mit dem Streik, die Vorstände des christlichen, des sozialdemokratischen und des polnischen Holzarbeiterverbandes beriefen die Sekretäre ihrer Verbände zu einer gemeinsamen Versammlung der schützenden Arbeiter nach Gzerst, um dort die Stellungnahme zu beraten und die Sekretäre zu einer Verhandlung mit der Firma Schütt zu veranlassen. Die Ortsvorstände wollten dadurch den drohenden Streik verhindern, was ihnen übrigens gelungen ist, denn nach der Verhandlung gingen die drei Arbeitersekretäre und der Herr Schütt zählte letztere die Löhne, wie überall und immer am Schluß der Woche, vor Neujahr also. Die Inhaberin des Saales, Frau Kunzinski, machte die Vergabe des Saales von einer politischen Annahme der Versammlung abhängig. Obwohl derartige Betriebs- oder Gewerkschaftsveranstaltungen ausdrücklich von der polizeilichen Anmeldung und Ueberwachung nach dem Reichsvereinsgesetz befreit sind, wollten die Arbeiter die Versammlung an. Sofort fand sich denn in der Versammlung der Gendarmeriewachtmann Petereit mit dem polizeilichen Auftrage ein, die Versammlung zu überwachn. Der Ausschreiber Petereit hatte nämlich, wie er bei seiner Vernehmung vor dem Richter in König erklärte, als der Hohen Annahme der Versammlung getreten. Die Versammlung werde eine „famulische“ und politische sein. Der Versammlungsleiter, Kollege Schopohl, erklärte jedoch dem Herrn Petereit, daß die Versammlung keine „famulische“, auch keine politische sei und er die Annahme kein einziges Mitgliedem nicht zuzulassen werde. Zu sich kam er die Polizei bei solchen Versammlungen von großem Nutzen sein, hier aber war das Gegenteil der Fall. Herr Schütt ist nämlich stellvertretender Ausschreiber von Gzerst, und als solchem stand ihm ja der Richter des Polizeibeamten über das Verbot der Versammlung frei. Es ist ja bereits vorgekommen, daß Herr Schütt aus früheren Verhandlungen den Inhalt der Verhandlungen früher und genauer wußte, wie er nun durch die Sekretäre unerschrocken worden war. Herr Petereit drohte wiederholt mit Auflösung der Versammlung,

und als Schopohl ebenso entschieden den Beamten zum Verlassen des Lokals aufforderte, läste dieser die Versammlung auf. Unmittelbar nach der Auflösung fiel von dem Vorstande, tische — an dem neben Schopohl noch die Sekretäre der anderen Verbände, Sieckfeld-Danzig und Swinarski-Dirschau, saßen, der Ruf: „Nuhel Eigen bleiben, hier bleiben.“ Der Gendarm Petereit bekräftigte mit Bestimmtheit, daß dieser Ruf von dem Angeklagten Schopohl herrühre, während dieser behauptete, Sieckfeld habe diese Aeußerung getan.

Das Schöffengericht zu König, welches sich zunächst obwohl unzuständig, mit dieser Sache beschäftigte, verurteilte Schopohl zu 14 Tagen Gefängnis wegen Vergehen gegen §§ 110 und 111 St. G. B.

Auf der Berufung des Angeklagten beschäftigte sich das auf am 18. Juli 1910 die Strafkammer des Königlich Landgerichts König mit der Sache und erkannte als erstinstanzliches Gericht auf Freisprechung. Die Strafkammer stellte sich auf den Standpunkt, den zunächst das Oberlandesgericht Posen eingenommen hat, nämlich, daß Betriebs- oder Gewerkschaftsversammlungen nicht öffentlich politisch sind und daß der Polizeibehörde ein Ueberwachungrecht nicht zustehe. Habe die Polizei aber kein Recht der Ueberwachung, so dürfe sie auch die Versammlung nicht auflösen, und wenn dies trotzdem, wie hier, geschehen ist, so sei sie nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes gewesen, und ihre Anordnung auf Verlassen des Lokals brauchte nicht befolgt zu werden.

Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob jedoch das Reichsgericht das Urteil der Strafkammer König auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Im Gegenfah zu der Entscheidung des Posener Oberlandesgerichts wie auch im Gegenfah zu den Erlassungen des Reichsstaatssekretärs bei den Beratungen des Reichs-Vereinsgesetzes stellte sich das Reichsgericht auf den Standpunkt, daß die Anordnung der Polizei auch dann befolgt werden müsse, wenn die Polizei zu Unrecht eine Versammlung auflöse. Man habe nur das Recht, sich später zu beschweren. Die Sache wurde an die Strafkammer zurückverwiesen.

Abermals beschäftigte nun diese Angelegenheit am 30. Jan. die Königlich Strafkammer. Gendarm Petereit verblieb bei seiner früheren Aussage, daß Schopohl nach der Auflösung der Versammlung die Aufforderung „Eigen bleiben, hier bleiben“ an die Versammlung gerichtet habe. Herr Petereit erklärte, daß jeder Irrtum seinerseits ausgeschlossen sei. Demgegenüber bekräftigten heute 4 Zeugen mit eben derselben Bestimmtheit, daß die genannte Aeußerung nicht von Schopohl, sondern von dem Ausschreiber des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, Sieckfeld, herrühre. Sieckfeld bekräftigt dies auch. Das Gericht konnte die Ueberzeugung nicht gewinnen, daß Schopohl die fragliche Aeußerung getan hat; es nahm an, daß Petereit sich doch wohl irren müsse und sprach den Angeklagten dem Antrage des Verteidigers Justizrat Hielowski entsprechend frei. Der Staatsanwalt hatte 100 M. Geldstrafe beantragt.

Mit dem Urteile hat sich der Staatsanwalt nicht beruhigt, sondern abermals die Revision beim Reichsgericht angemeldet. Was aus der ganzen Sache noch wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird das Reichsgericht einmal Rücksicht zu nehmen haben auf die Erklärung des jetzigen Reichskanzlers bei der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes über die gewerkschaftlichen Veranstaltungen; zweitens wird es aber auch kaum auf seinem Standpunkte verharren können, daß der Aufforderung eines behördlichen Organs zu Ungehorsamkeiten unter Strafe Folge zu leisten ist. Es wird die Revision aber auch schon aus dem Grunde verwerfen müssen, da die Verhandlungen vor der Strafkammer ergeben haben, daß nicht Kollege Schopohl, sondern ein anderer (Sieckfeld) die Aufforderung zum Dableiben gegeben hat. Sieckfeld wird kaum noch auf die Anklagebank zedert werden können, da inzwischen die Angelegenheit zur strafrechtlichen Verjährung verjährt sein dürfte.

Wenig Freude an den Verlauf des Prozesses dürfte der Landrat von König haben. Bekanntlich hat dieser in einem Schreiben an das Gericht, das wir in Nr. 32, 1911 des „Holzarbeiter“ veröffentlichten, auf die „energische Bestrafung des Rädelsführers Schopohl besonders Gewicht gelegt“ und eine „energische Bestrafung der Teilnehmer“ für am Platz gehalten, weil sonst die „Autorität der Polizeigewalt von Gzerst eine schwerwiegende Einbuße“ erleiden würde. Mehr wird durch den Verlauf der Prozesse konnte sicherlich die „Autorität der in Betracht kommenden Polizeigewalt“ nicht erschüttert werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungsterm dieser Nummer der Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. Febr. bis 13. Febr. fällig ist.

Lohnbewegung.

Die Ortsvereinigungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Junge ist fernzuhalten von

Schreibern und Maschinisten: Kaiser's Lautern (Eckel, Wiesel, Camers), Neu-Bienburg (M. A. Dülich), Bueckel (Dörpffhaus), Bittau (Kotter & Bartsch, Lippmann, Sommer).
Bagger und Schreiner: Mastatt. (Waggonfabrik.)

Änderungen in laufenden Tarifverträgen. Für die Monate Januar und Februar d. J. sehen die vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarifverträge folgende Änderungen vor:

Gelsenkirchen, Waune, Giel: Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von 1 Pfg. pro Stunde. Der Durchschnittslohn der Schreiner und Drechsler steigt von 52 auf 53 Pfg. Der Durchschnittslohn der Maschinenschreiner ist um 5 Pfg. höher. Auf Akkordarbeit findet die Lohnverhöhung sinngemäße Anwendung. Der niedrigste Stundenlohn für Schreiner darf nicht mehr wie 10% unter dem Durchschnittslohn stehen; der niedrigste Lohn für Gesellen im zweiten Gesellenjahre nicht mehr wie 15%.

Necklinghausen Stadt und Amt, die Kemter Markt, Datteln, Herien: Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von 1 Pfg. pro Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohnverhöhung sinngemäße Anwendung. Der Durchschnittslohn der Schreiner und Drechsler steigt von 52 auf 53 Pfg. Der Durchschnittslohn der Maschinenschreiner steigt um 5 Pfg. höher. Der niedrigste Lohn für Schreiner darf nicht mehr wie 10% unter dem Durchschnittslohn stehen; der niedrigste Lohn für Gesellen im zweiten Gesellenjahre nicht mehr wie 15%.

Nelde: Sämtliche Arbeiter erhalten auf die bisherigen Löhne einen Zuschlag von 1 Pfg. pro Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohnverhöhung sinngemäße Anwendung. Der Durchschnittslohn der Schreiner und Drechsler steigt von 37 auf 38 Pfg. Der Durchschnittslohn der Maschinenschreiner ist 5 Pfg. höher. Die unterste Lohngrenze für Schreiner steht um 10% niedriger wie der Durchschnittslohn. Für Gesellen des zweiten Gesellenjahres steht die unterste Lohngrenze 15% unter dem Durchschnittslohn.

Reiße: Der Stundenlohn wird um 1 Pfg. erhöht.

In Mülhausen i. E. ist nun auch ein Vertrag mit der freien Schreinerinnung abgeschlossen worden. Dieser läuft bis zum Jahre 1914. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden täglich, 56 Stunden wöchentlich. Der minimale Stundenlohn beträgt für Schreiner und Maschinenarbeiter über 25 Jahren 54 Pfg., für alle Arbeiter von 22-25 Jahren 50 Pfg., im ersten Gesellenjahre 35 Pfg. und nach dem ersten Gesellenjahre bis zu 22 Jahren 47 Pfg. pro Stunde. Am 1. April 1912 werden die Löhne um 2 Pfg. und am 1. April 1913 um weitere 2 Pfg. erhöht. Im übrigen ist im wesentlichen der mit den Arbeitgebern des Baugewerbes abgeschlossene Vertrag angenommen worden. Damit ist auf der ganzen Linie der Frieden hergestellt und darf erwartet werden, daß nunmehr auch recht bald das gesamte Gewerbe in die normalen Bahnen gelenkt wird.

Berichte aus den Zahlstellen.

Höcht a. M. Am Sonntag, den 29. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Der Besuch hätte, der Mitgliederzahl entsprechend, ein besserer sein dürfen. Wie aus dem Jahresbericht, den der Vorsitzende erstattete, zu entnehmen ist, sind wir im abgelaufenen Jahr auch in unserer Zahlstelle vorwärts gekommen. Wie wir uns im Anfang des Jahres in einer Lohnbewegung befanden, so stehen wir auch am Jahreschluss in einer solchen und zwar mit unserer Sektion Kettheim. Hoffentlich erzielen wir auch dort mit Abschluss eines neuen Vertrages bessere Verhältnisse für unsere Kollegen. Aufnahmen wurden 29 gemacht und stellte sich der Mitgliederstand am Jahreschluss auf 81. Auch der Kassenbericht lautete günstig und zeigte es sich, daß die Reform der Lokalkasse gewirkt hatte. Sind doch jetzt nahezu alle Wunden, die uns die vorjährige 13wöchentliche Ausperrung geschlagen hatte, wieder verheilt. Nur in einem Punkte lautete der Jahresbericht nicht günstig und ist dieses der Versammlungsbefuch. Trotz der Disverwaltung die Versammlungen durchweg anregend gestaltete und in den meisten derselben interessante Referate gehalten wurden, hat es doch der größte Teil der Kollegen nicht für nötig befunden, die Versammlungen zu besuchen. Kollegen von Höcht! Wie lange wollt Ihr noch in dieser Interessenslosigkeit verharren. Glaubt nur ja nicht, daß Ihr mit der Entrichtung Eurer Beiträge Euer Schuldigkeit getan habt. Besucht regelmäßig die Versammlungen und eignet Euch da das Wissen an, das Ihr tagtäglich im Kampfe mit den Gegnern nötig habt. Denkt auch an die Besserung der Organisationsverhältnisse am Platze und sorgt dafür, daß auch der letzte Mann für unsern Verband gewonnen wird. Wenn alle Kollegen in diesem Sinne gemeinsam mit der Disverwaltung arbeiten, so wird der Erfolg in diesem Jahre ein größerer werden. Bei der getätigten Wahl wurde der alte Vorstand mit Ausnahme der beiden Weisiger und des 2. Schriftführers und 2. Kassierers wiedergewählt. Unsere nächste Versammlung findet am Samstag den 18. Februar abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rath. Gesellenhaus statt und erwartet die Disverwaltung einen vollzähligen Besuch.

Kaßlath. Unsere diesjährige Generalversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen, besonders stark waren die auswärts wohnenden Kollegen vertreten. Ein Zeichen, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke in den umliegenden Dörfern festen Fuß gefaßt hat. Der vom Kollege Denu erstattete Geschäfts- und Kassenbericht zeigte ein erfreuliches Bild der vorwärtsstrebenden Zahlstelle. Die Wahl der Verwaltungsmitglieder erfolgte sehr rasch, und wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Zum Schlusse richtete Kollege Schwan-Karlruhe einige Worte an die Versammlung, in welchen er insbesondere den Beitrag zur Krankengeldzuschusse hervorhob und vor den Schwindelfassern warnte. Eine größere Anzahl Kollegen erklärten sich bereit, das Gebörte in die Tat umzusetzen und eine Zahlstelle der Krankengeldzuschusse zu errichten.

Baden-Baden. Ein neuer Geist von Schaffensfreudigkeit scheint in diesem Jahre in unserer Zahlstelle seinen Einzug zu halten. Es war auch die höchste Zeit, daß sich die Kollegen endlich einmal aufrüsteten und ernstlich gewillt sind, mitzuarbeiten an dem Ausbau der Zahlstelle. In diesem Sinne fand unsere diesjährige Generalversammlung ihre Entledigung. Das verfloßene Jahr ist für uns nicht gerade ein erfreuliches zu nennen; wohl wurde seitens der Verwaltung alles versucht, den Mitgliederstand die Höhe zu bringen, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Die

Fluktuation ist in unserer Bäderstadt eine überraschend große. Mit dem Ende der Saison verschwinden eben auch unsere Kollegen und ebenso ist's dann auch mit der Werbetätigkeit der anfassigen Kollegen zu Ende. Letzteres soll nun anders werden, da eine Anzahl Kollegen sich bereit erklärt haben, ihre Kräfte in den Dienst der Sache zu stellen. Der Anfang ist schon gemacht. Mehrere Neuaufnahmen wurden in diesem Jahre bereits getätigt. Es steht zu erwarten, daß das Jahr 1911 für uns ein besseres sein wird, vorausgesetzt, daß jeder seine Pflicht erfüllt und seinen Mann stellt.

Wiskassenburg. „Mehr Interesse am Verbandsleben!“ Mit diesem Wunsche schloß der Vorsitzende unsere Generalversammlung im Jahre 1910. Daß diesem Wunsche Folge geleistet wurde, beweist uns der Geschäftsbericht wie auch der Kassenbericht, die bei der Generalversammlung am 22. Januar d. J. bei zahlreichem Besuch gegeben wurden. Aus den Berichten war zu ersehen, daß wir trotz des Denunziantenlums, das sich leider hier noch zum Schaden der Kollegen bemerkbar macht, an Mitgliederzahl sowie in den Kassenverhältnissen einen guten Fortschritt zu verzeichnen haben. Wir hatten auch zwei Lohnbewegungen zu verzeichnen, die beide zu Gunsten der Kollegen verlaufen sind. Die Neuwahl des Vorstandes vollzog sich rasch. Das Vertrauen, welches sich der Ausschuss erworben hatte, zeigte sich durch die einstimmige Wiederwahl. Beim Punkt Anträge wurde beschlossen, jedem Kollegen, welcher mindestens 13 Marken gelistet hat, im Krankheitsfalle einmal im Jahre 3 Mk. Unterstützung aus der Lokalkasse zu gewähren. Diese Unterstützung wurde schon im Vorjahre an Kollegen ausbezahlt und hat sich erwiesen, daß sie von großem Nutzen ist. Dazu werden die Kollegen angepörrt, mit ihren Marken nicht in den Rücken zu kommen. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, wurde über die gewerkschaftliche Lage am Orte gesprochen. Die Kollegen beteiligten sich rege an der Diskussion. Der Vorsitzende forderte zum Schluss die Kollegen zu reger Agitation auf und dankte allen, die im Vorjahre zur Kräftigung der Zahlstelle beitrugen.

Witten. Der Tätigkeitsbericht der Zahlstelle Witten, den der Vorsitzende in unserer Generalversammlung vom 7. Januar gab, ließ erkennen, daß wir hier am Orte auf eine reiche Tätigkeit im Jahre 1910 zurückblicken können. Die Agitation brachte uns eine Zunahme von 19 Mitgliedern. Es wurden 29 Mitglieder-versemmlungen und eine Generalversammlung abgehalten. Auch in finanzieller Beziehung dürfen wir zufrieden sein. Dem bisherigen Vorstand wurde aus der Versammlung heraus der beste Dank für seine Bemühungen abgeleitet. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender Kollege Le Claire; 2. Vorsitzender Kollege Ged; Kassierer: Kollege Schmitz; Schriftführer: die Kollegen Otto und Lay; Weisiger: die Kollegen Schäfer und Reimer; Vertrauensmänner: die Kollegen Henneke, Ged und Krause. Alle gewählten Kollegen nahmen die Wahl dankend an und versprachen für das fernere Gedeihen der Zahlstelle nach besten Kräften Sorge zu tragen. Kollege Le Claire erstattete in der Versammlung noch den Kassenbericht, in welchem er besonders die augenblickliche Bewegung der Bergarbeiter besprach und aufforderte, die Bergarbeiter in der jetzigen Zeit gerade hier am Orte agitatorisch zu unterstützen.

Herdingen. Das Jahr 1910 war auch für unsere Zahlstelle ein sehr bedeutungsvolles. Schon zu Beginn des vergangenen Jahres, als dem deutschen Holzgewerbe der Riesensturm drohte, war unsere Zahlstelle nicht mit in den Reihen derer, die nicht untätig sein wollten; denn auf unserer vorjährigen Generalversammlung wurde der Beschluß gefaßt, eine Summe von 160 Mk. an die Zentrale abzuführen. Zweierlei Gründe waren es, die uns zu diesem Schritt veranlaßten. Erstens die Notwendigkeit eines starken Kampffonds erkennend, galt es die Ehre und das Ansehen des Verbandes hochzuhalten. Da wir von der großen Bewegung nicht direkt betroffen wurden, so erhofften wir zweitens als Gegenleistung, nachhaltige Unterstützung bei unserer Tarifbewegung im April und Mai. Damit wären wir zum zweiwichtigsten Moment des verfloßenen Jahres gekommen, nämlich der Tarifverbesserung der Schreiner und Stellmacher in der Waggonfabrik. Da der bisherige Tarif infolge der vielen Änderungen und Neuerungen der einzelnen Wagengattungen reformbedürftig war, so gingen wir zur Ausarbeitung eines neuen Tarifs über. Zwar schien es anfangs, als sollte es zum Kampfe kommen. Als Antwort auf die am 1. April eingereichte Kündigung wurde einem Kollegen, welcher als Lohnkommissionsmitglied als erster das Schriftstück unterzeichnete, gekündigt. Als das Vorstelligwerden der Kommission erfolglos blieb, richteten Schreiner und Stellmacher geschlossen wie ein Mann die Kündigung ein. Das half und wir kamen zu einer Verhandlung, und die Angelegenheit ließ sich in friedlicher Weise schließlich besser regeln als durch Kampf. Das Resultat war ein einigermaßen befriedigendes, wenn auch nicht alle unsere Forderungen in dem Maße erfüllt wurden, wie wir es erhofft hatten. Doch mag's sein, wie es will: jedenfalls sind wir dadurch einen Schritt vorwärts gekommen. Nun aber, ob dem Errungenen auszuruhen, hiesse Stillstand, und Stillstand gibt's nicht im Gewerkschaftsleben. Darum galt es, das Errungene praktisch zu verwerten. Zur Weiterbildung der Kollegen wurde manches getan. In der Agitation hatte im letzten Quartal unsere Zahlstelle einen Erfolg von zehn Neuaufnahmen aufzuweisen. Mit den Ortsgruppen der anderen Berufe schlossen wir uns zu einem Ortskartell der christlichen Gewerkschaften zusammen, um gemeinsam Freude und Leid der Gewerkschaftsarbeit zu teilen und gemeinsam zu erreichen. Dieses ist um so notwendiger, wenn man bedenkt, daß von sozialdemokratischer Seite hier am Orte eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Und da können, dürfen und wollen wir nicht zurückstehen. Wir müssen entschiedener durchgreifen, damit wir dem Gegner gegenüber nicht zurückzufahren brauchen. Aber dabei ist die Mitarbeit aller Kollegen nötig. Jedem Kollegen muß sein Ehrgeiz sagen: Gehen in die vordersten Reihen, hinein ins Kampfgebiet! Dieses gilt nicht nur für Herdingen, sondern für alle Zahlstellen. Es sei noch erwähnt, daß in unserer außerordentlichen Generalversammlung vom 17. Dezember v. J. mit großer Majorität der Beschluß gefaßt wurde, den Beitrag um 5 Pfg., auf 65 Pfg. pro Woche, zu erhöhen ab 1. Januar 1911. Da nämlich durch Gründung des Erzfelder Bezirkskartells Bedürfnissen an unsere Lokalkasse gestellt wurden, erschien dies als eine Notwendigkeit. Doch mit der Erhöhung des Beitrages ward auch ein weiterer Ausbau unseres lokalen Unterstützungswesens verbunden, denn seit mehreren Jahren gewähren wir zu der statutarischen Unterstützung des Verbandes bei Krankzeiten einen Zuschuss aus der Lokalkasse von 2 Mk. pro Woche. Ferner beim Todesfalle eines Mitgliedes oder dessen Ehegatte eine Kranzpende von 7 Mk. Als Neuerung kommt bei Arbeitslosigkeit eine wöchentliche Beihilfe von 2 Mk. hinzu. In der Hoffnung, daß in den einzelnen Zahlstellen ebenso tätig für den Verband und die Interessen der Kollegen gearbeitet wird und in der freudigen Zuversicht, daß der Verband sich im nun begonnenen Jahre mächtig entfalten möge, sind wir ins neue Jahr eingetreten. Möge es bringen was wir wünschen.

Pönnen. Am Sonntag, den 29. Januar fand die Generalversammlung unserer Sektion statt. Das Jahr 1910 verlief, ausgenommen die Ausperrung der Metallarbeiter, von der auch einige unserer Kollegen betroffen wurden, ruhig. Diese Ruhe scheint auch in sehr ungünstiger Weise auf unsere Mitglieder einzuwirken. Dies mag einerseits seinen Grund in dem ständigen Wechsel des Sektionsvorsitzandes haben, andererseits müssen unsere Kollegen sich ehrlich gestehen, daß sie die Meistlichdigen an der Ruhe des Verbandslebens am Orte waren. Kollegen, herrunter mit der Schlafmütze und an die Arbeit! Die Generalversammlung sei ein Wendepunkt in unserm gewerkschaftlichen Leben. Ein jeder muß im neuen Jahre Agitator sein, damit wir unsere Generalversammlung im nächsten Jahre mit der doppelten Anzahl Mitglieder abhalten können. Raffen wir uns auf zur Tat und zeigen wir, daß wir ernstlich gewillt sind, unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern, dann werden auch die Arbeitgeber, die sich bis jetzt noch an dem Tarif vorbeigedrückt haben, einen solchen mit uns abschließen müssen. — Aus der Vorstandswahl gingen hervor die Kollegen: Gröne, 1. Vorsitzend.; Laerbusch, 2. Vorsitzend.; Janfort, Kassierer; Lewes, Schriftführer.

Gelsenkirchen. Bei reger Beteiligung fand am 21. Januar unsere Generalversammlung statt. Nach dem Jahresbericht sind in unserer Zahlstelle 15 Vorstandssitzungen und 26 Versammlungen gehalten. Vorträge wurden in 22 Versammlungen gehalten. Die Entschuldigungen für den mangelhaften Versammlungsbefuch: „Es ist nicht interessant genug“ kann so am allerwenigsten in unserer Zahlstelle Geltung haben. Die Vorstandswahl ergab folgendes: Es wurden gewählt resp. wiedergewählt die Kollegen: Kerkeling, 1. Vorsitzender; Rein, 2. Vorsitzender; Strattmann, Kassierer; Otta, Schriftführer; Hepping, Dattkämpfer, Demut, Wohlgemut, Weisiger. Zu Kassenrevisoren wurden gewählt die Kollegen Siepmann und Sprenger. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden noch einstimmig zwei Anträge des Vorstandes angenommen. Der erste Antrag zielte dahin: dem jeweiligen 1. Vorsitzenden pro Jahr eine Vergütung in Höhe des Verbandsbeitrages zu gewähren. Grund hierzu war der Gedanke, die Auslagen in etwa zu ersetzen, den ein solches Amt naturgemäß mit sich bringt. Der zweite Antrag betraf eine Arbeitslosenunterstützung. Mit der Ermahnung des Vorsitzenden, im neuen Jahr die Versammlungen besser wie im alten zu besuchen, fand die anregend verlaufene Generalversammlung ihr Ende.

Münster i. B. Die Generalversammlung unserer Zahlstelle fand am Samstag den 4. Februar statt. Aus dem Jahresberichte der Zahlstelle, den der Vorsitzende erstattete, geht zunächst hervor, daß der Mitgliederverlust, der im Jahre 1909 infolge ungünstiger Erwerbsverhältnisse zu verzeichnen war, wieder voll ausgeglichen ist. Die Zahlstelle zählte am Jahresabschluss wieder 350 Mitglieder. Den Kollegen sei hier an dieser Stelle erneut zur Pflicht gemacht, durch verstärkte Agitation im Laufe dieses Jahres das 4. Hundert voll zu machen und dafür zu sorgen, daß die unorganisierten Kollegen auf allen Werkstätten zur Unmöglichkeit werden. Als erfreulicher Moment in unserm Mitgliederstande ist zu verzeichnen, daß die Arbeitslosen sich aus älteren Kollegen zusammensetzen; darunter befindet sich ein Kollege, der vor kurzem seinen 70. Geburtstag feierte. Aus diesem Anlasse wurde dem Kollegen Kuckmann, der auch als Vertrauensmann fungiert, von der Lokalkasse und den übrigen Vertrauensleuten ein Diplom in der Versammlung überreicht. Die Kollegen Strattmann und Willenborg versehen bereits seit 9 Jahren in bewährter Zuverlässigkeit ihr Amt als Vertrauensmänner. Die Gesamtzahl der Vertrauensleute beträgt 20. Dieselben rechnen regelmäßig zweimal im Monat ab. Auf einzelnen größeren Werkstätten befinden sich Werkstättenbelegierte. Was die finanziellen Verhältnisse der Zahlstelle betrifft, so kann mit Befriedigung konstatiert werden, daß die Kasse, die der Streit im Frühjahr 1909 in die Lokalkasse gerissen hat, heimlich wieder ausgefüllt ist. Dafür ward der Zahlstelle neue Opfer aufgelegt durch die Anstellung eines Lokalkassenbeamten, welche ab August 1910 erfolgte. Die hierfür zu machenden Aufwendungen wurden durch eine Beitragserhöhung von 70 auf 75 Pfg. gedeckt. Diefelbe hatte zur Folge, daß hierdurch eine nicht unerhebliche Verminderung der rückständigen Beiträge eintrat. Trotz der vermehrten Ausgaben war es möglich, auch in diesem Jahre den Kollegen wieder einen bedeutenden Prozentsatz ihrer Lokalkasse in Form von Unterstützungen auszugeben. Es wurden im verfloßenen Jahre für Krankenunterstützung aus der Lokalkasse gezahlt 469,82 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 375,25 Mk.; seit Einführung der Lokalkassenunterstützung im Jahre 1907 insgesamt in beiden Unterstützungsweigen die Summe von 4539,68 Mk. Im Berichtsjahre waren 52 Kranke und 22 Arbeitslose zu unterstützen. Ein Mitglied hat die Zahlstelle durch Tod verloren. Was den Versammlungsbefuch betrifft, so bietet derselbe vielfach Anlaß zu Klagen. Leider glauben manche Kollegen, mit der Zahlung ihrer Beiträge ihre Pflicht dem Verband gegenüber erfüllt zu haben. Die Durchschnittszahl der Versammlungsbefucher betrug 90 Kollegen. Vorträge wurden in den Versammlungen gehalten durch die Kollegen Schick-Bochum, Holle-Münster, Küver-Dormund, sowie durch den Vorsitzenden. Es haben insgesamt 22 Mitglieder-versemmlungen, 25 Vorstandssitzungen und 9 Vertrauensmänner-versemmlungen stattgefunden. Im Juni wurde bei der Gopianoortefabrik Knake eine Bewegung zwecks Erhöhung der Akkordsätze für die Polierer mit Erfolg durchgeführt. Behufs Anstellung einer Betriebsratschaft wurde eine Reihe von Betriebsversammlungen abgehalten. Im Dezember wurde beschlossen, den im Juni 1907 abgeschlossenen Tarifvertrag zu kündigen und den Abschluß eines neuen Vertrages in die Wege zu leiten. Derselbe wird aber nur dann Erfolg bringen, wenn jeder Kollege sich voll und ganz seiner Pflichten als Verbandsmitglied bewußt ist. Die im Oktober getätigten Kassenwahlen wurden durch die Zahlstelle vorbereitet und ergaben die Wahl sämtlicher Vertreter unseres Verbandes. Außerdem sind mehrere Kollegen der Zahlstelle als Gewerbegerichtsmitglieder, sowie als Mitglieder der unteren Verwaltungsbehörde und des Schiedsgerichts für Arbeiterverficherung tätig. Der Arbeitsnachweis sei an dieser Stelle noch ganz besonders allen Kollegen in Erinnerung gebracht. Im vergangenen Jahre war es nicht immer möglich, freie Stellen sofort zu besetzen, da es manche Kollegen an sofortiger Information der Lokalkasse fehlen lassen. Der im Juni inaugurierte Verbandstag ist durch die Lokalkasse vorbereitet worden und hat einen für alle Teilnehmer befriedigenden Verlauf genommen. Die Kosten für die lokalen Veranstaltungen wurden von der Zahlstelle getragen. Mögen beim Lesen dieses Berichtes sich alle damaligen Teilnehmer noch einmal der schönen westfälischen Hauptstadt erinnern und gemeinsam mit uns mitarbeiten an der Hebung unseres Verbandes.

Fulda. Auf eine erfreuliche Entwicklung unserer Zahlstelle konnte in unserer Generalversammlung am 5. Februar der Vorsitzende in seinem Tätigkeitsbericht hinweisen. Es wurden abgehalten: 9 Versammlungen mit Vorträgen zur Vertiefung der Kenntnisse der Mitglieder; mehrere Versammlungen, in welchen

wichtige Zahlstellenangelegenheiten behandelt wurden, ferner wurde die Hausagitation dreimal durchgeführt, bei welchen 22 Kollegen gewonnen wurden. Insgesamt wurden 57 Kollegen aufgenommen, abgereist sind 15, zugereist 1 Kollege und 2 Kollegen sind von anderen Verbänden zu uns übergetreten. 25 unorganisierte Holzarbeiter sind noch in Zulda zu gewinnen, wobei auf die Mithilfe aller, besonders aber der Mitglieder gehofft wird, welche es im vergangenen Jahre an Mitarbeit fehlen ließen. Mögen dieselben zeigen, daß auch sie zur weiteren Erstarkung unserer Zahlstelle mithelfen bereit sind. Leider erklärte bei der vorgenommenen Vorstandswahl unser langjähriger Kassierer Kollege Krug, eine Wiederwahl ablehnen zu müssen. Die Wahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kollege Laug; 2. Vorsitzende Kollege Mod; 1. Schriftführer Kollege Fahn; 2. Schriftführer Kollege Heil; 1. Kassierer unser bisheriger Schriftführer Kollege Gottlieb; 2. Kassierer Kollege Scholz; Beisitzer die Kollegen Lom b, Klug, Emmerling und Krug. Mit der Bitte des Vorsitzenden an alle Mitglieder, jede Gelegenheit aufzusuchen, um möglichst bald alle Holzarbeiter zu organisieren, ferner in allen Versammlungen zu erscheinen, um über alles auf dem Laufenden zu sein, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Reiße. Am 4. Februar hielt unsere Zahlstelle die Generalversammlung ab, welche von den Kollegen gut besucht war. Herr Medakteur Höhnlein hielt einen interessanten Vortrag über "Entwicklungsstufen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet". Alsdann erstattete der Schriftführer den Jahresbericht. Diesem ist zu entnehmen, daß wir trotz aller Schwierigkeiten unseren Platz behauptet haben. Bei der Wahl zum Vorstande der Ortskrankenkasse 8, welche am 5. Dezember 1910 stattfand, war es uns möglich, unseren Kandidaten mit doppelter Majorität gegenüber den Kandidaten des "freien" Verbandes zum Siege zu verhelfen. Wenn wir unsere Mitgliederzahl nicht erhöhen konnten, liegt es an den eigenartigen Verhältnissen in Reiße. Immerhin konnten wir den durch Tod, Abreise usw. entstandenen Verlust wieder beden. Der vom Kassierer vorgelegene Kassenbericht ergab die erfreuliche Tatsache, daß sich unsere Lokalkasse, trotz eingetretener Lokalerstörungen, von den Folgen der sieben Wochen andauernden Aussperrung im Herbst des Jahres 1909 gut erholt hat. Wir haben wieder einen ganz schönen Betrag angeamunet. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl fast aller bisherigen Vorstandsmitglieder. Derselbe setzt sich wie folgt zusammen: Wiss. Götzl 1., Jos. Schubert 2. Vorsitzender, Wana Kassierer, Druschmann Schriftführer, Ziegau und Paul Speckl Beisitzer. Die bisherigen Vertrauensmänner und Kartelldelegierten wurden wiedergewählt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Sachen, dankte der Vorsitzende allen tätigen Mitgliedern und ersuchte die anwesenden Kollegen den Vorstand möglichst zu unterstützen, damit wir im neuen Geschäftsjahr einen guten Schritt vorwärts kommen.

Offenbach. Am Sonntag, den 5. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der Jahresbericht war gerade nicht freudenerregend. Es wurden gehalten 20 Versammlungen, 16 Vorstandssitzungen und 7 Reichstagsbesprechungen. Die Versammlungen waren meistens schlecht besucht. Die Mitgliederzahl stagniert. Eine Folge der Interessenlosigkeit des übergroßen Teils der Mitglieder. Ein um so erfreuliches Bild bot der Kassenbericht. Darnach wurden eingenommen 1367,61 Mk. An Unterstützung wurden ausgezahlt 345,19 Mk. Der Lokalkassenbestand ist auf 1300 Mk. gestiegen. Dies ist sicher ein Beweis für die tüchtigste Kassenführung. Kassenbeiträge waren nur 8 zu verzeichnen, ein ehrenvolles Zeugnis für das Pflichtgefühl unserer Vertrauensleute. Sehr viel hatte unsere Zahlstelle unter dem Wechsel der Kassierer zu leiden, bis im August vorigen Jahres Kollege Schäfer den Posten übernahm und zur vollsten Zufriedenheit der Kollegen führt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Wolpers 1. und Grosz 2. Vorsitzender, Christian Schäfer Kassierer, als Beisitzer Spahn, Heilmann, Reisinger und Hentel. Ein Jahr voller Arbeit, Mühen und Sorgen liegt hinter uns. Nicht ungenügend ist es dahingegangen. Nein, es hat aus neue bewiesen, daß der christliche Holzarbeiterverband mehr als jede andere Organisation fechtigt ist, die Interessen der Holzarbeiter zu vertreten. Darum gilt aber auch für alle christliche Holzarbeiter der Ruf: Hinein in den christl. Holzarbeiterverband! Der gute Besuch der Generalversammlung erweckt die Hoffnung, daß die Kollegen aus ihrer Lethargie erwacht sind. Hohenfels lautet im Jahre 1911 für alle Kollegen die Devise in Bezug auf Verbandarbeit: "Schaffen und Streben nur allein ist Leben".

Danzig. Am 21. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Harau leitete diese an Stelle des erkrankten Vorsitzenden. Dann erstattete der Schriftführer den Jahresbericht und schilderte in kurzen Zügen den Verlauf des Jahres 1910, das uns den 70 Pfg. Beitrag, unseren Arbeitsnachweis, die Feier des 10-jährigen Bestehens und zwei Bezirkskongresse brachte. Vorstandssitzungen fanden 27, Mitgliederversammlungen 28 statt. Vorträge wurden 12 gehalten. Der Besuch der Versammlungen war nur ein mäßiger, die niedrigste Zahl der Teilnehmer war 15, die höchste 43. Den Jahresabschlussbericht gab Kollege Klein II. An die Hauptfrage wurden abgeteilt 238 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 1372,15 Mk., die Ausgaben derselben 677,04 Mk. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Kollege Semfi, 1. Vorsitzender; Kollege Grochod, Beisitzer; Kollege Potos, Schriftführer. Im übrigen verblieb der alte Vorstand. Kollege Schopohl gab seiner Freude für die gute Arbeit des Vorstandes und der Vertrauensmänner Ausdruck. Er hoffe vom neuen Vorstand eine gleich gute Arbeit in diesem Jahre. Der Kassierer bekam ein besonderes Lob. In der Agitation müßte noch mehr getan werden. Den Tagesbetragen sei noch ein besonderes Augenmerk zu schenken. An den jetzt kommenden Tarifverhandlungen der Leipejerr werden wir auch Anteil haben. Weiter müße mehr für die Begegnungsbüro getrieben. Es ist also noch viel Arbeit für den neuen Vorstand vorhanden. Der Vorsitzende, Kollege Lemki, wünscht von den Mitgliedern für seine Arbeit die Bewilligung und Unterstützung.

Schwarzbach. Am Sonntag, den 28. Januar fanden hier die Gewerkschaftswahlen statt, bei welcher sich 190 die Zahl unserer christlichen Arbeiter zeigte. Für weitere Fälle ist uns das eine gute Zeugn. Von 1911 eingeladenen Wählern blieben 668 ihr Recht aus. Die Liste der christlichen Gewerkschaften erhielt 141 Stimmen = 1 Beisitzer (1907 erhielten wir 143 Stimmen). Die Liste der "freien" Gewerkschaften erhielt 727 Stimmen = 9 Beisitzer (1907 649 Stimmen). Bei einer großen guten Wille der christlichen Arbeiter wäre es uns ein leichtes gewesen, den zweiten Beisitzer zu gewinnen. Schanz gelangte nach dem Verhalten der Kollegen, welche sich an letzter Stelle befinden, die Wahl zum Beisitzer zu gewinnen. Es mag hier noch ein Hinweis sein, daß die Listen schon nach Wochen vor der Wahl geschlossen wurden. Doch darf das keine Entschuldigung sein. Wenn man in der sozialdemokratischen Partei ein großes Gewicht auf den Sieg der christlichen Stimmen (gegen 2 Christen) aufzuheben ist, so liegt das gar kein Grund vor, denn 1907 war unsere

Liste mit der Hirsch-Dunckerischen verbunden, während wir diesmal allein gingen. Trotzdem wird von einer "geeinigten christlich-Hirsch-Dunckerischen-polnischen Liste" geredet. Auch sollen die "Gelben" der Wagenfabrik für unsere Liste gestimmt haben. Dabei wissen die "Genossen" sehr gut, daß die "Gelben" sich überhaupt nicht an der Wahl beteiligten. Trotzdem wird die Verleumdung in der roten Presse verbreitet. Man glaubt aber mit derartigen Verdächtigungen die Gelben an unsere Hochsicht zu hängen und die nahe Verwandtschaft zwischen rot und gelb zu verfluchen. In Essen und Saarbrücken gingen die "Genossen" bei den Wahlen ja mit den Gelben zusammen. Die Mehrzahl der hiesigen Gelben besteht auch aus ehemaligen "Genossen"; sind doch sogar ehemalige Genossen an führender Stelle bei diesen. Aber auch sonst sollten die Genossen nicht so stolz sein auf den "großen" Sieg, denn es wurde ein ziemlich starker Terrorismus ausgeübt. So wurden den Wählern unsere Stimmzettel direkt in der Hand zerrissen; auch wurden verschiedene Drohungen ausgesprochen. Uns sind mehrere derartige Beschwerden seitens der Wähler zugegangen. Der Wahlkampf war somit interessant. Als den Genossen von uns der Vorwurf gemacht wurde, die Sozialdemokratie habe 1901 bei der Gewerbeordnungsnovelle gegen die Verhältnismäßig gestimmt (der Genosse Arbeiterssekretär Jaddach-Bremen gab dieses in einer Versammlung selbst zu), wurde dieses in der sozialdemokratischen Presse als Schwindel und Lüge dargestellt. Daß die hiesigen Genossen 1906 bei Einführung der Verhältnismäßig am hiesigen Orte ebenfalls noch dagegen gestimmt haben, wurde auch wohlweislich verschwiegen. Den Genossen scheint das Geständnis des Herrn Jaddach unangenehm zu sein. Dieses soll uns aber nicht abhalten, den roten Schwindel aufzudecken.

Greifeld. Zu Beginn des Jahres 1910 hofften wir, daß uns das Jahr eine gute Konjunktur bringen werde. Infolge der Bauarbeiteraussperrung stockte indes im Frühjahr und Sommer die Bauwirtschaft sehr, worunter das Holzgewerbe nicht unwesentlich litt. Im Späthjahr war eine gute Baukonjunktur, welche infolge der günstigen Witterung bis zum Jahresende anhielt. Auch für das Jahr 1911 ist eine rege Bauwirtschaft zu erwarten. Auf die Möbelindustrie wird die bevorstehende Gewerbe- und Kunstausstellung sehr günstig einwirken. Der wirtschaftliche Aufschwung zeigte sich in der Zahlstelle insbesondere bei der Arbeitslosenunterstützung, welche gegenüber dem vorhergehenden Jahre sehr zunahm. Die Zahl der Mitglieder vermehrte sich um 50. Der Zuwachs würde ein größerer sein, wenn die Fluktuation nachließe und die einmal gewonnenen Mitglieder dem Verbands treu blieben. Infolge der günstigen Organisationsverhältnisse gelang es auch im Frühjahr, mit den vereinigten Arbeitgeberorganisationen einen dreijährigen Tarifvertrag abzuschließen, welcher den Mitgliedern wesentliche Vorteile brachte, sowohl bezüglich Erhöhung der Löhne, als auch bezüglich Verkürzung der Arbeitszeit. Durch den Tarif ist die 9 1/2 stündige Arbeitszeit im Holzgewerbe hier allgemein eingeführt. Die Durchführung des Vertrages war mit mancherlei Schwierigkeiten bis zur Arbeitsniederlegung verknüpft. Auch für die Klavierindustrie wurde nach mehrwöchentlichem Kampfe ein neuer Vertrag abgeschlossen. Die Zahlstelle wird auch in Zukunft auf die Durchführung des Vertrages das schärfste Augenmerk richten. Als ein erfreulicher sozialer Fortschritt ist die Erhöhung des Krankengeldes bei der Tischler-Innungskrankenkasse von 13,50 Mk. auf 15 Mk. zu bezeichnen, woran unsere Kollegen tatkräftig mitgewirkt haben. Trotzdem versucht der sozialdemokratische Holzarbeiterverband, diesen Erfolg nur auf Konto der Tätigkeit der "Genossen" zu buchen. Für die sachtechnische Ausbildung der Mitglieder war die Zahlstelle sehr bemüht. In einem Beiz- und Polierkursus, welcher von einem älteren Mitgliede geleitet wird, beteiligten sich 25 Mitglieder. Die Einnahmen der Zahlstelle betragen ausschließlich des Kassenbestandes 6208,16 Mk. An Unterstützungen wurden ausgezahlt an erkrankte Mitglieder 705,06 Mk., an arbeitslose Mitglieder 385 Mk., an Streikunterstützung 1181,61 Mk., an Reiseunterstützung 51 Mk. und an Steuerunterstützung 100 Mk., so daß insgesamt von den Einnahmen 2452,67 Mk. an Unterstützungen den Mitgliedern wieder zufließen. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 700 Mk. auf. Die Zahlstelle kann somit auf ein Jahr erfreulicher Erfolge und Fortschritte zurückblicken. Es gilt das Ertrugene hochzuhalten und weitere Verbesserungen und Erfolge zu erringen. Dieses wird geschehen, wenn die Einigkeit der Kollegen, sowie sie sich in der Generalversammlung bei der Vorstandswahl zeigte, anhält und mit vereinten Kräften weitergearbeitet wird. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen: 1. Vorsitzender Pennarz, 2. Vorsitzender Hirschmann, Kassierer Weiers, Schriftführer Cremer, Beisitzer Kottling, Daniel und Meier.

Süd Reichenbach. Unsere Generalversammlung war am 7. Jan. Der Besuch war gut. Der allgemeine Versammlungsbefuch ließ aber im vergangenen Jahre zu wünschen übrig, was aus dem Bericht des Schriftführers zu entnehmen war. Der Kassenverhältnis sind äußerst gut und wir konnten wieder unser Lokalkassenvermögen um 150 "Groschen" erhöhen zur Freude aller Kollegen. Dieses verdanken wir hauptsächlich unserem zielbewußten Kassierer Peter neben der Opferwilligkeit aller Kollegen unserer Zahlstelle. Auch während der Bauarbeiteraussperrung ist unsere Zahlstelle mit Einführung des Extratarifvertrages für die Ausgesperrten mit gutem Beispiel vorgegangen. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Ausschuss mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden und eines Revisoren wiedergewählt. Während des Bestehens unserer Zahlstelle wurden insgesamt 108 Aufnahmen gemacht, ein Beweis, daß auch wir in der Agitation nicht gescheitert, trotzdem wir hier eine Hochburg der "Genossen" neben uns haben. Auch der Verbandskrankenkasse sind einige Kollegen beigetreten, es wäre zu hoffen, daß es bald mehr werden in Anbetracht der guten Einrichtung. Ende April läßt unser Tarif ab, den wir 1909 abgeschlossen haben mit einem Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde. Daher der Name Pfennigtagelöhner. Unter den Kollegen besteht die feste Ueberzeugung, daß es diesmal nicht mehr so billig abgehen wird infolge der hohen Lebensmittel- und Wohnungspreise. Deshalb Kollegen mitgearbeitet in unserer Zahlstelle, damit wir jederzeit wohlgerüstet dastehen.

Hohenfels. Unsere Kollegen hatten wir auf Samstag, den 21. 1., abends 7 1/2 Uhr eingeladen, um ein Verbandsjahr abzurufen und in ein neues einzutreten. Der Besuch ließ sehr zu wünschen übrig, trotz der dringenden Einladungen. Allerdings war das den letzten Abgang von Mitgliedern kurz vorher zuzuschreiben. Nach kurzer Begrüßung erstattete der Vorsitzende, Kollege Herres, den Tätigkeitsbericht vom Jahre 1910, nach welchem das diesjährige Jahr hinter sich hat; ruhig, jedoch nicht ohne Unfall. Wir brauchen die äußere Ruhe, um am inneren Ausbau, an der Erhaltung der Kollegen, an der Gewinnung neuer Mitglieder zu tun, was in unserer Kraft stand. Freudig hätte, davon sind wir überzeugt, weil mehr getan werden können. Gleich zu Anfang des Jahres 1910 haben wir uns gedrängt, ein arbeitsreiches, zähes Jochen entgegenzusetzen. Es ist zu hoffen, daß uns dann auch ein gutes Jahr beschieden wird. Ebenso tragen die mancherlei Mitgliederbeiträge wesentlich zur Bekämpfung unserer Verbands-

lungen und zur Mehrung des Interesses bei. Die Mitgliederzahl war bedeutend in die Höhe gegangen und wir machten uns große Hoffnungen. Im Juli traten die Stuarbeiter in eine Lohnbewegung ein, die aber im Sand verlief und uns nicht weiter beirrte. (Der Verkauf dieser Bewegung ist ja noch aus dem Bericht in unserem Organ bekannt.) Von da an ging es in unserer Ortsgruppe etwas zurück. Wir verloren im Herbst eine Reihe unserer tüchtigsten Kollegen (3 davon mußten einrücken), die wir sehr vermisten. Zu gleicher Zeit begann hier die große, alte Zweige der hiesigen Industrie im Schach haltende Bewegung in der Eblemetallindustrie; und so schloß unser Häuflein wieder auf 21 Kollegen zusammen. Dennoch werden wir unverdrossen weiter arbeiten, weiter werden und die Interessen unserer Sache nach Kräften zu fördern suchen.

Kollege Kraker, unser alter Kassierer, erstattete den Kassenbericht. Wir konnten unserem Finanzminister unsere volle Anerkennung für seine treue, beinahe 3jährige Tätigkeit auszusprechen. Er glaubte, da er bald in den Ehestand zu treten gedenkt, sein Amt niederlegen zu müssen; aber es wurde nichts daraus.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung brachte nicht viele Änderungen: 1. Vorsitzender bleibt Kollege Herres, 2. Vorsitzender wurde Kollege Pfaff, Kassierer bleibt Kollege Kraker. Kollege Bär wurde Schriftführer, und als Revisoren wurden die Kollegen Kühwein und Münch gewählt.

Die Wahl nahm kurze Zeit in Anspruch, und deshalb benötigte noch ein Kollege vom christlichen Metallarbeiterverband, Kollege Hesselshardt, die Gelegenheit, uns einige praktische Ratschläge ins neue Jahr mitzugeben. Er warnte vor allem vor zu großen Abständen zwischen den einzelnen Versammlungen, auch für den Fall, daß zu wenig Stoff zu einer Versammlung vorliege. Er empfahl dem Vorsitzenden, dann z. B. einen Artikel aus dem Zentralblatt zu behandeln. Wir werden übrigens das bewährte Mittel unserer Mitgliedervorträge aufs neue ins Auge fassen.

Korbmacher.

Steinfeld. Am Montag, den 6. Februar hielten wir hier eine öffentliche Korbmacherverammlung ab, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Galt es doch, einen Bericht über den Heimarbeitertag in Berlin entgegen zunehmen. Als Referent sprach Kollege Erjing-Franfurt. Er führte ungefähr folgendes aus: Der Heimarbeitertag, der einen imposanten Verlauf genommen, habe in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes Beachtung gefunden. Nunmehr liege es an den Heimarbeitern selbst, daß sie ihren aufgestellten Forderungen den nötigen Nachdruck geben denn sonst hätten sie auf keine Hilfe der Gesetzgebung zu rechnen. Gegenüber einer durchgreifenden Regelung der Heimarbeitersfrage werden von der Regierung allerhand Einwürfe erhoben. Die Aengstlichkeit der Regierung sei nicht berechtigt. Es sei allerdings schwer, den traurigen Zuständen in der Heimindustrie zu begegnen, aber bei gutem Willen lasse sich manches erreichen. Schuld an den traurigen Zuständen tragen aber die Heimarbeiter zum großen Teil selbst, weil sie vor lauter Kleinlichkeit den Weg zur modernen Arbeiterbewegung nicht gefunden haben und jetzt haben sie schwer darunter zu leiden. Ein kleiner Teil der Heimarbeiter hätte jetzt wohl den großen Wert der Gewerkschaftsbewegung erkannt. Die Gewerkschaften seien sich aber auch ihrer Pflicht den Heimarbeitern gegenüber bewußt und durch fortwährendes Schieben und Drängen haben sie nun auch die Heimarbeiterschutzgesetzgebung in Fuß gebracht. Ohne die Auffklärung der Gewerkschaften hätte sich niemand um die Heimarbeiter gekümmert. Darum müssen nun alle Heimarbeiter in die Organisation gehen, weil sie nur durch diese Erfolge erringen können. Wenn das Heimarbeitersgesetz zustande käme, dann seien die Gewerkschaften natürlich nicht überflüssig, dann seien sie erst recht notwendig. Dann gelte es, die Arbeiter über die Gesetzesbestimmungen aufzuklären, damit ihnen auch die Vorteile derselben zugute kommen. Auch könne die ganze Lohnfrage durch Gesetz nicht geregelt werden, die Hauptaufgabe hätten hier die Gewerkschaften zu erfüllen. Der lebhafteste Beifall zeigte, daß die Kollegen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren und damit die Notwendigkeit einer starken Organisation anerkennen. Mehrere Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen und es wären noch mehr zu gewinnen, wenn sich alle Kollegen an einer energischen Agitation beteiligen würden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

"Die am 6. Februar im Gasthaus zum Hirsch in Steinfeld stattgefundene stark besuchte Korbmacherverammlung nimmt von dem imposanten Verlauf des Heimarbeitertages mit Befriedigung Kenntnis. Den Beschlüssen des Heimarbeitertages stimmt die Versammlung in allen Teilen zu. Die Versammlung ist ebenfalls der Meinung, daß das Heimarbeitersgesetz nur dann praktischen Wert für die Heimarbeiterschaft hat, wenn das Gesetz die Möglichkeit gibt, durch paritätische Lohnämter für bestimmte Zeiten, Mindestlohn- oder Mindeststücklohn festzusetzen.

Die Versammlung begrüßt weiter die neue Reichsversicherungsordnung und erwartet bestimmt, daß die Versicherungspflicht auf alle Heimarbeiter und auf alle Zweige der Arbeiterversicherung ausgedehnt werden, damit auch den Heimarbeitern die großen Vorteile der deutschen Arbeiterversicherung zugute kommen."

Vergolder.

Düfeldorf. Das vergangene Jahr war für unsere Sektion ein sehr lebhaftes. Schon zu Anfang ging man in einem größeren Betriebe dazu über, zwei unserer ältesten Kollegen "aussetzen" zu lassen, doch konnte nach getätigten Verhandlungen die Angelegenheit wieder beigelegt werden. In Oberassel sollte die Akkordarbeit eingeführt werden, was sich die dort beschäftigten Vergolder nicht bieten lassen wollten. Schließlich wurde aber doch der Akkordarbeit durch eine schlaue List der Genossen vor hohen Blüte verholfen. Zu allgemeinen hatten die Kollegen sehr unter einem schlechten Geschäftsgang zu leiden. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden in unserer Generalversammlung am 16. Januar zeigte aber auch, daß auf die Ausbreitung der Sektion viele Mühe verwendet wurde. Es konnten 5 neue Kollegen aufgenommen werden. Ebenfalls wurde der Vorsitzende beauftragt, mit den anderen Sektionen in Fühlung zu treten, um ein besseres Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Die getätigte Vorstandswahl hatte das Ergebnis, daß die bewährten alten Kollegen sämtlich wiedergewählt wurden. Unter diesen Umständen kann uns um das fernere Bestehen der Sektion nicht bange sein. Es ergeht aber auch an jeden Kollegen die dringende Bitte, in dem neuen Verbandsjahre mit neuer Kraft für die weitere Ausbreitung der Sektion Sorge zu tragen und die ganze Kraft in den Dienst der Sache zu stellen. Nur so werden wir voran kommen. Für die Mitarbeit im ältesten Jahre sei allen Kollegen auf das Beste gedankt. P.

Stellmacher.

München. Am 7. Januar hielt die Sektion ihre Generalversammlung ab. Kollege Gödtl, Sektionsvorsitzender, gab den Geschäftsbericht über das vergangene Jahr. Derselbe wurde von

unbemerkt. Schnell gab man von Seiten des „freien“ Verbandes die Parole aus, die drei am höchsten Plage bestehenden Verbände (frei, christlich, national) zu verschmelzen. Die ersten Kommissionsmitglieder versetzten sich sehr neutral und tolerant; denn man glaubte so nach und nach unsere Organisation und die nationale Vereinigung ins rote Netz zu ziehen, um sie dann mit Haut und Haaren verschlingen zu können. Jedoch die Rechnung war ohne den Altir gemacht. Frühzeitig genug durchschaute man die Position und bestieg dandend brachen wir diese Kommissionsmitglieder ab. Nun verjagten die „Freien“ es mit gemeinschaftlichen öffentlichen Versammlungen. Auch hier wieder ohne den gewöhnlichen Erfolg; denn die bösen Christlichen kamen nicht, höchstens eine Zerstreuung. Während sich die „Genossen“ so den Kopf zerbrachen, wie sie uns einflangen könnten, waren wir an der Arbeit, für unsere Kollegen zur sozialen und sachlichen Schulung Kurse zu arrangieren. Um allen unseren Kollegen gerecht zu werden, mußten wir uns dazu verstehen; verschiedene Kurse einzurichten. Zunächst wurde ein sozialer Unterricht abgehalten, bestehend in Vorträgen, mit anschließender Diskussion und Behandlung von sozialen Fragen. Sodann wurde man sich einig, für die Kapazität ein Appellations- und Selbststudium, sowie für die Gaitler ein Selbststudium abzuhalten. Diefelben haben im Oktober v. J. begonnen und werden bis April d. J. dauern. Die Kollegen einflachten eine rührige festigen Stude gegen den Preis und die Leistungsfähigkeit der Kollegen, sowie die Tätigkeit der Kursteilnehmer, welche Mitglieder unserer Sektion sind. Nun Kollegen, haltet aus bis zum Schluß; dann wird die geplante Ausstellung der Beweis liefern, daß auch wir wichtige, sachlich-gesunde Leute in unseren Reihen haben. Einem weiteren Beweis von praktischer Arbeit ist die Einführung des Sozialunterrichts und zwar für durchreisende, krank und arbeitslose Mitglieder. Alle zu und durchreisende Kollegen wollen sich melden auf dem Sekretariat Notwendig, wofür die nähere Anrede bekannt gegeben wird. Für Kranke und Arbeitslose werden auch Erhebungen der Zentralunterstützung. Lokalunterstützungen gesammelt, in der Höhe bis zu 10 Fr. Diese Unterstützungen; Kollegen, dienen dazu, neben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Not und Krankheit den Kollegen ebenfalls zu helfen. Beitritt Lohnbewegungen blieb es im vergangenen Jahre am Plage ruhig, bis auf einige Differenzen, die friedlich beigelegt werden konnten. Der Vorstand war im Geschäftsjahre sehr reger tätig. Die Mitglieder schenken ihm Vertrauen und erlangen das Vertrauen und so gab es bei der Neuwahl nur die Parole: Wir wählen den alten Vorstand wieder. Der Vizepräsident mußte wegen anderweitiger Besetzung auf eine Wiederwahl verzichten und so wurde dieser Posten neu besetzt. In Versammlungen wurden 24 abgehalten; hiervon 15 mit Referaten, welche zum Teil von unseren Mitgliedern gehalten wurden. Auch der Kapazität verstand es, durch geschicktes, gewissenhaftes Arbeiten eine sehr günstige Bilanz zu erzielen. Das Vertriebsmännersystem wurde neu geregelt und die Stadt in kleinere Bezirke eingeteilt. Der Erfolg ist zufriedenstellend; denn die Agitation wird hierdurch erleichtert und die Marken und Zeitungen können pünktlich besorgt werden. Ob dieser Erfolge wollen wir nun nicht auf den Lorbeer ausruhen; wir wollen vielmehr nicht ruhen und raschen und immer mehr unserem idealen Ziele zu streben. Und sollen unsere Anregungen, die wir zum nächsten Besandslage gemacht haben, in Erfüllung gehen, so sind wir uns heute schon bewußt, daß wir auch zur nächsten Generaterversammlung einen günstigen Jahresbericht vorlegen können. Allen Kollegen, die gewillt sind, nach der Schwere zu kommen, geben wir zur Kenntnis, daß man sich vorher mit unseren Sektionen, die wir in allen größeren Städten haben, in Verbindung setzen soll. Vorläufig wollen man alle Anfragen und Berichte an die Sektoren- und Kapazität-Sektionen Zürich, Notwendig, 50 richten. Nach dem im März stattfindenden Verbandstage werden wir noch nähere Anweisungen und Berichte folgen lassen. Nun Kollegen auf zur Arbeit! Unsere Parole lautet: Vorwärts immer, undwärts nicht zurück!

Es ist. In unserer am 22. Januar abgehaltenen Versammlung glichen wir im Verlaufe des letzten Jahres zu verdeutlichen, wenn auch in letzter Zeit infolge des harten Geschäftsganges etwas Stille herrschte. Kollege Mid hielt einen Vortrag über die Kapazitätswegung im letzten Jahr. Er zeigte uns, wie die Kapazitätswegung ein Platzhuhn in unserer Bewegung sei, wie in der letzten Hälfte des Jahres in vielen Städten Kollegen hervorgerufen wurden und heute im Interesse unserer Bewegung arbeiten, zu arbeiten.

so daß auch für dieses Frühjahr eine weitere Anzahl von Sektionen zu erwarten sind. Da sich eine Anzahl von älteren Kollegen bereit erklärt hat, in Zukunft an der Bewegung mitzuwirken, ging die Vorstandswahl flott und glatt vonstatten, so daß für dieses Jahr das Beste zu hoffen ist. Es ist aber auch notwendig, daß in diesem Jahre ganz energisch gearbeitet wird, denn nur bei richtiger gemeinschaftlicher Arbeit wird es uns möglich sein, in diesem Jahre eine erhebliche Zunahme von Mitgliedern zu erlangen. Andererseits wird es auch ohne Interesse aller Kollegen auf die Dauer nicht möglich sein, die tariflichen Bestimmungen überall mit Erfolg durchzuführen. Mögen alle unsere Kollegen sich dessen bewußt sein und auch fernrecht in diesem Sinne arbeiten.

München. Am Samstag den 14. Januar 1911 hielt die hiesige Sektion ihre Generalversammlung ab. Die Kollegen waren sehr zahlreich erschienen. Der 1. Vorsitzende, Kollege Baur, eröffnete die Versammlung mit einigen einleitenden Worten und führte unter anderem aus, daß wir dieses Jahr auf ein 10-jähriges Bestehen der Sektion zurückblicken können. Gedachte auch der beiden anwesenden Kollegen Mayer und Bach als Gründungsmitglieder. Aus dem Jahres- und Rechnungsbericht, den Kollege Blagoffe erstattete, konnte man ersehen, daß in vergangenen Jahre die Ortsverwaltung immer darauf bedacht war, die Sektion zu stärken und die Beziehungen, welche im Durchschnitt gut beschaffen waren, lehrreich und interessant zu gestalten, indem in jeder Versammlung ein Referat gehalten wurde. Der Mitgliedsbestand ist der gleiche geblieben, obwohl die Zahl der Durchreisenden und Zugezogenen eine ziemlich hohe ist. Durch den schlechten Geschäftsgang, der im letzten Jahre herrschte, war es den angereizten Kollegen nicht möglich, für längere Zeit am Orte Arbeit zu erhalten, was auch der Grund ist, weshalb so viele wieder abreisten. Aus dem Rechnungsbericht ersehen wir auch, daß an Unterstützungen vieles geleistet wurde, und die Kassenvorhältnisse, besonders die der Lokalkasse, sehr günstig sind. Die Vorstandswahl brachte keine wesentliche Veränderungen. Unter Punkt Verschiedenes sprachen mehrere Kollegen, unter anderem auch Kollege Sekretar Schwab, der zugleich ein kurzes Referat hielt und die Kollegen zum festen Festhalten an der christlichen Organisation aufhorchte. Nachdem schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß jeder beitrage zum Erfolge der Sektion.

Bei recht zahlreicher Beteiligung fand am Sonntag den 15. Januar 1911 im Kollegien unter 10-jähr. Stiftungsfest statt, welches im allgemeinen zur vollsten Beiriedigung programmgemäß verlaufen ist. Als Einleitung dienen einige Musikstücke und wurde der Prolog, gesprochen von Kollege Schwarz, eigens zu diesem Feste gedichtet von Frau Wessler, welchen wir würdlich wiedergeben: Ich grüße Alle Euch am heutigen Feste; Auf das mit Glück und Freude wir nun schauen. — Schon Jahre, durch gereunten, durchgekämpft; und heute ein getrennt Zusammenstehen! Vereinte Kräfte schaffen alldies Glückes. So war's bei uns und soll es immer sein. In Treue fest, vereint in Mannes Ehre, Wohl'n alle Kräfte wir der „christlichen Gewerkschaft“ weihen. Und unsere Sektion, sie mache und gebe, Denn schweren Roll'sang soll' ein gutes Ende. Ein stilles Wirken, Streben und Aushalten, da greifen tapfer zu so viele Hände'. Dankbaren Herzens grüß' ich alle jene, Die viel geleistet, viel geleistet schon. Die gewiß ihr Lohn. Ihm heißt es vorwärts, weiter ist zu kämpfen. Denn Leben, das bedeutet immer Kampf um's Glück. Was heißt wir einst erschreiben, wie erlangen. Und mehr erlangen wir, nur kein Zurück. Dem treuen Mut, dem ehrlich festen Streben, Dem will ein donnernd Hoch zum Schluß ich weihen, Hoch lebe die Sektion, alle Kollegen. Und möch' es nach 10 Jahren noch besser sein. Das zu erstehen und vereint wir alle, und Mut und Treue sie erkaufen. Wir nehmen ein brausend Hoch! Hierauf hielt Gewerkschaftssekretär Kuntze die Rede, wobei er auf die Entfaltung der christlichen Gewerkschaften hinwies und ein Bild der Entwicklung und der Fortschritt der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung entwarf. So dann kamen einige Theatervorstellungen, welche unter Mitwirkung des Kollegen Schwarz aufgeführt, und sehr beifällig aufgenommen wurden. So verließ das Fest in schönster Weise und sehr heiter es für alle Kollegen: An die Arbeit zur Gewinnung der fernstehenden Berufskollegen für unsere Bewegung, damit wir auch im nächsten Jahre recht vorwärts marschieren Hand in Hand mit der gesamten christlichen Arbeiterbewegung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Zunker, Köln, Rheinstraße 14.

Die Vereinigung

Monatsschrift der christlich organisierten Postler und verwandter Berufsangehöriger
Februar
1911

Präliminum.

Die Zeit der Lohnbewegungen in unserem Beruf naht. Schon haben die Kollegen an manchen Orten die Vorarbeiten zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Angriff genommen. Das ist gut so und muß so sein. Sollen doch eigentlich alle Sektionen jederzeit in einer solchen Verfassung sein, daß sie jeden Augenblick, der geeignet erscheint, bemerken können, um berechtigten Wünschen erfolgreich Ausdruck und Nachdruck zu verleihen.

Wo Lohnbewegungen geführt werden sollen, ist vor allem eine ziffermäßige Stärke der Organisation notwendig. Dazu dürfen auch die Kassenvorhältnisse der Lokalverwaltung nicht ungenügend sein, da erfahrungsgemäß jede Lohnbewegung Ausgaben mit sich bringt, die zu denken die Hauptkasse keine Verpfändung hat. Man denke nur an die Unterstützung Nichtbezugberechtigter, die Festhaltung des Zuzugs, Verhandlungsunkosten u. Die Sektionen müssen sich genau über die Organisation verhältnisse im voraus am Orte und der Umgebung unterrichten sein, sowie darüber, wie viele und welche Betriebe in Frage kommen. Ein Wertstättenverzeichnis, das von Zeit zu Zeit ergänzt wird, muß in jeder Sektion vorhanden sein. Notwendig ist auch eine Uebersicht über die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Pflege der diesartigen Statistik ist eine besondere Aufgabe der Kollegen. Weiterhin ist eine genaue Kenntnis des Geschäftsganges am Platze, hängt doch davon für den guten Verlauf einer Lohnbewegung viel, wenn nicht alles ab. Die Art der auswärtsigen Konkurrenz des heimischen Gewerbes ist ebenfalls in Erwägung zu ziehen. Mit all diesen Aufgaben sind die Vorarbeiten zu den Lohnbewegungen noch längst nicht abgeschlossen, doch mag's mit den gegebenen Anhaltspunkten an dieser Stelle genug sein. Wo Kollegen sind, die sich von der Notwendigkeit des Fortschritts der Lohn- und Arbeitsverhältnisse überzeugt haben, werden diese schon in ihrem eigenen und dem Interesse der Gesamtheit alles tun, was zur erfolgreichen Durchführung der Sache zweckdienlich ist.

Unsere Sektionen werden in diesem Jahre in größerer Zahl an Lohnbewegungen beteiligt sein, wie in sonstigen Jahren. Erinnert sei nur daran, daß u. a. in Bielefeld, Düsseldorf, Duisburg und Danzig die Tarifverträge abgelaufen sind. Sämtliche Beträge bedürfen, falls sie wieder erneuert werden sollen, notwendigerweise einer Reform. Davon sind die Kollegen überzeugt und werden sie deshalb auch gewiß ihren Mann stellen.

Die Entwicklung der Tarifvertragsbewegung im Verlaufe unserer Kollegen aber auch geleistet, daß sie nicht nur gegenüber den Arbeitgeber ihre Interessen zu vertreten haben, sondern auch gegenüber dem sozial. Kapazitätswettbewerb. Dieser Verband, der vorzüglich religiös und politisch neutral zu sein, macht geltend, daß er allein als gewerkschaftliche Interessensvertretung der Kollegen in Frage komme, da auf Grund seines neutralen Charakters ihm alle Berufsgruppen angehören können und angehörend müßten. Die behauptete Neutralität ist nun aber etwel Grund. Der Verband wirkt ebenso gut im sozialdemokratischen Sinne, wie alle übrigen sozial. Gewerkschaften. Der Verband sollte deshalb auch

nicht verlangen, daß ihm Kollegen beitreten, die eine ausgesprochen antisozialdemokratische Gesinnung haben. Man verlanget mit dem Beitritt dieser ja nichts anders, als die Aufgabe des Charakters. Und doch sollte es gerade Aufgabe der Gewerkschaft sein, Charaktere zu weiten und zu bilden. Genug — unsere Kollegen sollten von einer sozialdemokratischen Organisation nicht wissen. Sie gehen ihre Wege in einer Organisation, die ihnen anliegt. Dem sozial. Verbände aber behagt das nicht. Er allein will herrschen und bestimmen. Man kann ruhig behaupten, daß unter allen sozialdemokratischen Verbänden der Kapazitätverband einer der unzulänglichsten gegenüber anderen Organisationen ist. Wo er über die entscheidende Macht verfügt, werden unsere Kollegen brüsk zurückgewiesen und als gleichberechtigt nicht anerkannt.

Diesen Tatsachen gegenüber können unsere Kollegen nichts besseres tun, als ihre Sektionen so zu stärken, daß der sozial. Verband mit uns rechnen muß. Er muß überall da, wo er sich weigert, gezwungen werden können, die Gleichberechtigung unserer Organisation anzuerkennen. Das gilt sowohl hinsichtlich der Vorarbeiten zu den Lohnbewegungen, den Verhandlungen, als auch insbesond. auf die Vertretung in den Tarifinstanzen.

Bei den Verhandlungen haben unsere Kollegen darauf zu achten, daß der sozial. Verband keine Sonderrolle für sich erringt. Vornehmliche Aufmerksamkeit ist da der Arbeitsnachweisafrage zu verwenden. Unsere Kollegen haben so zu operieren, daß weder die Arbeitsnachweise der „Genossen“ als alleinige Arbeitsvermittlungsflecken anerkannt werden, noch der sozial. paritätisch-obligatorische Facharbeitsnachweis zur Einführung gelangt. Wo die erste Art der Arbeitsvermittlung führt, sehen wir an Danzig, wo sich die „Genossen“ dadurch bisher ein Arbeitsmonopol zu verschaffen mußten. Heute ist das Monopol glücklicherweise durchbrochen. In München aber weiß die weniger erfreuliche Entwicklung unserer Sektion, daß das Obligatorium eines paritätischen Nachweises nur den „Genossen“ mißt. Unsere Sektionen müssen deshalb auf der Hut sein.

Was den Stand der Vorarbeiten der Lohnbewegungen anbelangt, kann gesagt werden, daß der sozial. Verband uns in Duisburg wesentliche Schwierigkeiten kaum machen kann, da unsere Sektion an Müdigkeit die rote Fäule überflügelt hat. In Düsseldorf wollen die „Genossen“ anheimelnd ihre Macht zur Geltung bringen. Ihre Latit scheint darauf hinauszuweisen, unsere Kollegen für „dumm“ zu verurteilen. In Danzig ist die Situation wenig geklärt und sind die „Genossen“ anheimelnd noch am überlegen, wie sie sich gegenüber unserer, seit kurzem gut vorwärts gekommenen Sektion verhalten sollen. Hoffentlich bleiben sie bei ihrer enghirnigen Entscheidung nicht von allen guten Geistern verlassen. Das könnte sich bitter rächen.

Nichts liegt unsrer Kollegen ferner, als die Einigkeit bei den kommenden Lohnbewegungen zu fördern. Sie sind überzeugt davon, daß die größte Geschlossenheit den größten Erfolg verbürgt. Sie lassen sich aber, und das sei hiermit gegenüber Erklärungen, die schon zu Tage traten, gesagt, weder selbst entziehen, noch ihre Organisation missgöhen. Mag der sozial. Kapazitätverband sich dieses merken.

Sie Kollegen aber, die Sie tren zur christlichen Ergam-

Mahnworte.

Wenn die nächste Nummer der Reinigung erscheint,

Es ist eine alte Tatsache, daß viele Kollegen auf der

Sieht man sich irgendwo mehr, so muß man bei etwaigen

Wenn so von allen Kollegen in den nächsten Monaten

gearbeitet wird, dann wird und muß es gelingen, in sehr

dem die Kollegen folgten, es sei einfach unmöglich sich als

Darum, Kollegen, mit Mut und Ausdauer an die Arbeit.

Notizen.

„Mundstüchtlings“ wird in Nr. 5 des Streikpropagandas

„Streikpropaganda“ die Menschheit ang herausfordert, was

Arbeitslosigkeit in „freien“ Handwerk. Die Privile

Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der in der nächsten

Arbeitbewegung der Kapazitäten in Berlin. Die im vor-

zu haben. Für viele Gerichten ist ein bestimmter

Arbeitskräfte im Kapazitätenbereich. Im Jahre 1909

Der sozial. Kapazitätenbereich ist an, daß er am Jahres-

Entwickelung des Handwerks. Der Direktor des Statistischen

Einem Statistikband: die Statistik, Statistik, Statistik,

Die Statistik der Kapazitäten, die in den angestrichelten

Verbindungsstelle für Kapazitäten in Wien.

Überwieser Stiel mit, daß die Kosten nach den Vorständen

aus der Bewegung.

A. Stillehart. Siege war bisher das Leben in unserer jungen

Setzen hier am Die. Was dürfte besorgenen Zukunfts

Einem Statistikband: die Statistik, Statistik, Statistik,

Die Statistik der Kapazitäten, die in den angestrichelten

Verbindungsstelle für Kapazitäten in Wien.

totalbeamteten Bläse zum Teil ergänzt. Demzufolge hielt die Sektion 10 Versammlungen ab, in denen fast immer Referate sehr interessant und lehrreichen Inhalts gehalten wurden. Bei der Tarifbewegung in den Wagenfabriken war die Sektion auch durch mehrere Mitglieder beteiligt und wurden nennenswerte Verbesserungen erreicht. Zur Mitgliederbewegung ist zu berichten, daß 8 Kollegen aufgenommen wurden. 8 jugendliche Kollegen haben ihre Arbeit genommen. An Unterstützungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit wurden an Sektionsmitglieder aus der Hauptkasse 132,35 Mk., aus der Lokalkasse 45,75 Mk. ausbezahlt. Bei der getätigten Neuwahl ging Kollege Stöckel als 1. Moosmann als 2. Vorsitzender und Kollege Lamp als Schriftführer hervor. Der Vorsitzende schloß die Generalversammlung mit dem Wunsche, daß im laufenden Jahre alle Mitglieder noch besser am Ausbau der Sektion mitarbeiten möchten.

Krankengeldzuschußkasse.

Nachstehend die Adressen der Kassierer der örtlichen Verwaltungsstellen:

Machen: Hubert Kildary, Peterstraße 53; Ahlen: Bernhard Hentemper, Warendorferstraße 43; Aßhaffenburg: Otto Kunt, Haidstraße 24; Augsburg: Georg Blaser, Fuggerei 16; Bamberg: Josef Wolf, Sulte 3; Benrath: Johann Strahl, Hilden Ackerhof 7; Berlin: Radik, S. O. 33 Eisenbahnstraße 27; Bochum: Wilhelm Witterburg, Dübrowstraße 20a; Bonn: Bernhard Langela, Maarstraße 8; Breslau: Rudolf Rath, Fürstenstraße 32; Coesfeld: Heinrich Janning, Dülmerstr. 39; Köln: Heinrich Bunsie, Nippes, Steinbergerstraße 6; Crefeld: Josef Korting, Königstr. 190; Danzig: Emil Krüger, Weidenkass. 5; Dortmund: Johann Dibowshy, Göthestr. 6; Duisburg: Hubert Bloemen, Haroldstraße 61; Düsseldorf: Bernhard Zumegen, Zahnstraße 52; Ehrenfeld: Hubert Henjeler, Penlocherstraße 367; Essen: Franz Ault, Frohnhauserstraße 19; Eupen: Thomas Schyns, Nispert. 16; Frankfurt: Josef Ab. Gebauer, Bogelsbergstr. 36. Freiburg: Wilh. Cyner, Konradstraße 13; Fürth: Simon Neuberger, Marienstraße 16; Helsenkirchen: Heinrich Köhler, Industriestr. 31; Krefeld: H. Volkert, Emmerichstraße 42; Hannover: Karl Kirchhoff, Alte Döhrenerstraße 13c; Hildt: Philipp Kott, Humboldtstraße 14; Kalk: Josef Schmitt, Niesenstraße 47; Karlsruhe: Ferdinand Schwan, Müppenerstraße 70a; Konstanz: M. Maile, Marktgrafenstraße 14; Landsbut: Hans Habischdöbinger, Bergstraße 153a; Laupheim: Josef Braig, Sternstr. 14; Lippstadt: Fritz Madenberg, Burgstraße 59; Mainz: Edmund Hohenadel, Schönbornstr. 10 IV; Mannheim: Johann Manz, Pflügergrundstr. 37 II; Mülheim: Muhr: Christian Steimann, Broid, Kirchstraße 75; München: Martin Seibold, Türkenstr. 32; Münster: Josef Acher, Gagebornstr. 8; Oberhausen: H. Keller, Friedensstraße 80; Delde: Gottfried Köhrmann, Warendorferstraße 130; Dissenbach: Alois Hiltmann, Domstr. 72; Pforzheim: Georg Grayer, West. Kaiser Friedrichstraße 47 Stb.; Regensburg: Georg Bayer, Jurmalstraße 9; Reichenhall: Joseph Beer, Nicolstr. 11; Schwabischen: Josef Pflanzel, 17c; Stuttgart: Kaver Meyer, Schloßstr. 27; Trier: Joseph Lamberty, Paulinstr. 49a; Urdingen: Theodor Becker, Niederstraße 129; Wanne: H. van Treel, neue Königstraße 35; Wiesbaden: Johann Schuid, Dohheimerstraße 46; Würzburg: Heinrich Ebert, Draubengasse 7.

Kollegen, welche der Krankenkasse beitreten wollen, wollen sich an die obengenannten Adressen wenden. An den Orten, wo eine Verwaltungsstelle nicht besteht, wende man sich an die Kreisverwaltung der einzelnen Jahrestellen oder direkt an die Zentrale in Köln, Palmstraße 14.

Gewerkschaftliches.

Verbandsstages ausländischer Bruderverbände. Der christliche Holzarbeiterverband der Schweiz hat seinen diesjährigen Verbandstag auf den 18. und 19. März nach Winterthur einberufen. Der christliche Holzarbeiterverband Oesterreichs wählte als Tagungsort Steyr in Oberösterreich und setzte als Termin den 4. Juni fest.

In der Zeit vom 3. bis 6. Februar tagten die Zentralvorstände erneut. Sie einigten sich zunächst dahin, daß alle geforderten Verträge bis zum 1. März zu verlängern seien. Den örtlichen Parteien wurde Anweisung gegeben, sofort in Verhandlungen einzutreten und diese so zu beschleunigen, daß sie bis zum 15. Februar abgeschlossen wären. Langwierig gestalteten sich die Verhandlungen über den Ablaufstermin der neu zu tätigen Verträge. Die Arbeiterorganisationen plaidierten für eine vierjährige Vertragsdauer. Damit waren die Arbeitgeber einverstanden.

Das Vor der Tarifverträge ringt in den letzten Tagen die sozialdemokratische Presse, wenn sie in einer Uebersicht über die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1909 schreibt:

„Mag die Tarifvertragsstatistik auch noch recht mangelhaft und des Ausbaues bedürftig sein, — so zeigt doch allein schon die große Zahl der Tarife, der tariflichen Betriebe und der tariflich beschäftigten Arbeiter die große Bedeutung des Tarifproblems. Mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter arbeitet unter Tarifverträgen; in mehreren Jahren dürfte ihre Zahl sich auf das Mehrfache gesteigert haben. Die Bedeutung der Gewerkschaften als Schöpfer eines neuen Arbeitsrechtes kann nicht schätzender Beweisen werden als durch diese Ergebnisse. Ingehoß solcher Tatsachen muß das Geschick gewisser Kreise nach neuen Maßnahmen und Suchtansatzwegen wirungslos verstimmen. Die Gewerkschaften haben ein so breites Fundament gemeinsinniger Tätigkeit unter sich, daß sie keinen Blutes den Anwürfen der Arbeitgeberstandzuhalten vermögen. Eine Million Arbeiter in tariflich geregelten Verhältnissen, — das bedeutet die Sicherung der wirtschaftlichen Lage von drei bis vier Millionen Einwohnern, das bedeutet die Vermeidung von zahllosen Differenzen, die zu Rechtsstreitigkeiten und Ausständen führen würden, das bedeutet endlich ein gewichtiges Stück Erziehung von Arbeitern und Arbeitgebern, für die der Staat den Gewerkschaften nicht genug dankbar sein kann.“

Ueber die Entwicklung der Tarifverträge in den letzten Jahren wird jeder aufrichtige Sozialpolitiker sich nur freuen. Einen wichtigen Umstand hat die sozialdemokratische Presse jedoch vergessen, daß es nämlich einmal eine Zeit gab, die noch garnicht solange her ist, wo die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber diesen heute so sehr gepriesenen Tarif-

verträgen eine alles andere denn wohlwollende war; und daß auch heute in der sozialdemokratischen Presse die Gegnerschaft gegen die Tarife, weil sie den Klassenkampf abtumpften, teilweise noch recht deutlich zum Ausdruck kommt. Grundsätzlich steht man ja auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Tarifverträge nur solange angestrebt werden können, als sie den sozialdemokratischen Zwecken dienen.

Reisenmacherstreik in Aulm und Schulk. Die im sozialdemokratischen Böttcherverbande organisierten Reisenmacher der genannten Orte, 95 Mann, stehen seit dem 16. Januar im Streik. Sie verlangen 5% Lohnerhöhung, die, nach der sozialdemokratischen „Böttcher-Zeitung“, die Arbeitgeber nicht gewähren wollen. Es kommen die Arbeitgeber Böhler, Lehmann, Kohnmann, Juhnke, Rosenke und Gohnik in Betracht.

Barnholt — Von Luichotte. Scharfe Attacken reitet in der Hirsch-Dunckerischen Presse der Sekretär des Gewerkevereins der Holzarbeiter H. D. Barnholt-Ullm gegen die „Reaktion“. Er strebt für „geistige Freiheit“, da nur auf diesem Boden, „der Kampf der Arbeiter für Selbstständigkeit und Gleichberechtigung zum Erfolge führen kann.“ Das schreibt derselbe Barnholt, der wissen sollte, daß seine Freunde im bürgerlichen Lager, die gleich ihm von „geistiger Freiheit“ trüben und ihr Köpflein gegen „Ritter und Heilige“ tummeln, bisher von einer Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter, in der Praxis recht wenig bekundet haben. Wir erwarten auch gar nicht, daß sie die politische Gleichberechtigung der Arbeiter dadurch bekunden, daß sie bei der nächsten Reichstagswahl Barnholt zu einem Mandat verhelfen. Werdern würde die Sachlage vielleicht, wenn Barnholt den Beweis erbringen würde, daß er imhände ist, auch in der Praxis etwas Nützliches zu leisten. Bis heute ist das gerade Gegenteil erbracht. Trotz der angeblichen starken Fokstarbeitergruppen, die Barnholt im bayerischen Wald gegründet haben will, ist keine Organisation, der Gewerkeverein der Holzarbeiter H.-D. im Jahre 1910 um über 180 Mitglieder zurückgegangen. Wir konstatieren nur, daß zu einer Zeit, als Barnholt noch nicht für den genannten Gewerkeverein angestellt war, letzterer ca. 3000 Mitglieder mehr zählte wie heute. Anstatt über die vermeintlichen „Rebschädlinge im Weinberg des deutschen Reiches“ zu rasonieren und zu philosophieren, stände er sich deshalb besser, wenn er nachsorgte, woher der Rückschlag kommt. Vielleicht sind in den „Weinberg des Gewerkevereins H.-D.“ auch Rebschädlinge eingezogen.

Partei und Gewerkschaften sind eins! Das zeigte sich so recht wieder beim Tode des sozialdemokratischen Führers Singer. Obgleich Singer niemals Arbeiter gewesen ist, und als Anhänger des orthodoxen Marxistischen Sozialismus auch wenig Verständnis für den Wert der Gewerkschaftsbewegung bekundet hat, widmet ihm die gesamte „freie“ Gewerkschaftspresse lange Nachrufe und feiert ihn als „einen der unsren.“ Wir wissen wirklich nicht, welche Verdienste sich Singer um die Gewerkschaftsbewegung erworben hat und warum ihm Gewerkschaften Nachrufe und Kränze widmen sollen. Der Schlüssel der Ehrungen dürfte darin zu suchen sein, daß die „freien“ Gewerkschaften wiederum das Bedürfnis fühlten, ihre sozialdemokratische Tendenz auch öffentlich zu bekunden. Am Grabe Singers ließen u. a. Kränze niederlegen: Die Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften, die „freien“ Gewerkschaftskartelle München, Breslau, Essen, Bremen, Köln, Dresden, Kiel, Luttenwalde, Berlin, Leipzig; die „freie“ Gewerkschaftsschule; der Hauptvorstand des „neutralen“ Buchdruckerverbandes; die Hauptvorstände der „freien“ Verbände der Holzarbeiter, Glaser, Bildhauer, Schiffszimmerer, Tapezierer, und Sattler; sowie die Zehntelken Berlin, Rixdorf, Köpenick, Dresden des „freien“ Holzarbeiterverbandes.

Soziale Rundschau.

Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine hält seine Delegiertenversammlung in diesem Jahre vom 5. bis 8. Juni d. J. in Leipzig ab. Als Hauptberatungspunkt dient neben der Berichterstattung der Verbandsleiter das Thema: „Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie.“ Professor von Wemstern-Breslau wird den einleitenden Vortrag halten. Am letzten Tage wird als Vorbereitung für den Tag darauf stattfindenden Besuch der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden ein Vortrag über diese Ausstellung stattfinden.

Die großherzoglich badische Sozialdemokratie, so schreibt die „Deutsche Lederarbeiter-Zeitung“, wird nachgerade zum Ecken der ganzen Welt. Als zur Zeit der badischen Minister von Bodmann die Sozialdemokratie als „eine gefährliche Bewegung zur Befreiung des vierten Standes“ feierte, da geriet dieselbe in ein geradezu heftiges Empfinden. Die Inhabesymptome schänten diesem Minister mit wirklich modernem Verständnis nur so einzugehen, und Landau und ab jag man zur Losprechung dieses wichtigen Staatsmannes. Dem ganzen Volke ist's dieses bekannt worden. Wieviel Rechte man verleiht, nur ja die Gutm. dieses Ministers zu erhalten, wollen wir gar nicht erwähnen. Nun kommt die Mehrheit der Medaille. In Kanton kreifen seit mehreren Monaten die Arbeiter der Waggonfabrik. Die Direktion lehnt jedes Eingekommen ab. Die Regierung sendet zum Schutze der Arbeitswilligen Gendarmen nach Kanton, die auch „aufser“ ihres Amtes waltet. Der Sozialdemokratengruppe wird erlaubt, die Arbeiter im sozialdemokratischen „Volksfreund“ einen offenen Brief gegen die badische Regierung. Was was antwortet diese darauf? „Aufgabe der Regierung ist es, sich als höchst abwickelnde Mauer zwischen Streikführer und Streikende zu stellen.“ Wenn nun sozialdemokratische Führer, ob dieser Ausschüttung und Stellvergnahme, der Regierung nicht ganz mit Unrecht Vorwürfe machen, so werden sie wahrscheinlich gar nicht, welche komische Figur sie dabei spielen und wie blamabel für sie die einseitige Ministerbeweisrückführung ist. Aber so mußte es kommen.

„Die schwärzeste Reaktion.“ Bekanntlich erstreben die Sozialdemokraten als Staatsform die Republik. Jegliche Monarchie ist ihnen ein Genuß. Nach den Erfahrungen, die man in Frankreich gemacht hat, soll nun aber auch die Republik nichts mehr taugen. Und zwar soll die französische Republik die aller schlechteste sein. Das sollte man kaum glauben in Hinblick darauf, daß der französische Ministerpräsident Sozialdemokrat war und noch sein will, und daß mit ihm zwei weitere Minister aus dem sozialdemokratischen Lager hervorgegangen sind. Da müßte denn doch alles tadellos beschaffen sein. Aber nein! Hören wir, was das sozialdemokratische „Schuhmacher-Fachblatt“ schreibt:

„In der „freien“ Republik Frankreich wüdet die schwärzeste Reaktion. Es war dem energichsten Propagandisten des gewalttätigsten Generalkreises und späteren Verräters, Minister Briand, beschieden, die reaktionären Ministerien, Meunier, Dupuy usw. zu übertrumpfen. Regierung, Richter und Unternehmerlikuen wetteifern gegenseitig in der schärfsten Bekämpfung und in der niedrigsten und ungenierlichsten Drangsalierung der Arbeiterklasse. Und das in der „freien“ Republik, in der man an allen Ecken, an allen bisjiziellen Gebänden — auch an den Gefängnissen — die herrlichen Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ lesen kann. Wahrscheinlich, man denkt nicht in der französischen Republik zu leben, die ihre demokratischen Einrichtungen in blutigen und glorreichen Revolutionen erkämpft und gestiftet hat, sondern im reaktionärsten Winkel Rußlands oder einer andern finstern Monarchie.“

Hiß nicht sonderbar, daß selbst Sozialdemokraten den Staat nicht im sozialdemokratischen Sinne regieren können oder regieren wollen? Und da verlangt man von uns, wir sollten Sozialisten werden? Wir halten besser fest an dem, was wir haben: der Monarchie.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine (Sitz Hamburg) will als eine neutrale Organisation gelten, die sich an keine bestimmte politische Partei oder Gewerkschaftsrichtung anlehnt. Es gehören denn auch tatsächlich dem Zentralverbande neben sehr zahlreichen von Sozialdemokraten geleiteten Konsumvereinen Vereine an, die von christlichen Arbeitern gegründet und geführt werden. Die christlichen Arbeiter haben aber gar keine Veranlassung, dem Zentralverbande anzugehören, da seine Neutralität eine Scheinneutralität ist und er die Geschäfte der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie betreibt. Denn nichts anderes bedeutet die vollständige Ausschaltung der christlichen zu Gunsten der sozialdemokratischen Gewerkschaften bei Tarifvertragsverhandlungen. In einer auf dem Genossenschaftstage in Düsseldorf 1907 abgegebenen offiziellen Erklärung des Zentralverbandes heißt es bezl. der Frage der Tarifverträge ausdrücklich:

„Selbsterständlich dürfen wir Verbände, welche eine bestimmte Weltanschauung, z. B. die christliche, als die allein richtige anerkennen, nicht als tarifbündnisfähig betrachten, sondern wir müssen uns sagen, auch derjenige, der keine christliche Weltanschauung hat, muß als Mitglied in den Verband aufgenommen werden können.“

Das bedeutet also nichts anderes, als daß die christlichen Gewerkschaften für den Zentralverband nicht in Frage kommen können. Und tatsächlich hat denn auch der Hamburger Verband in Konsequenz dieser Stellungnahme bis heute keine Tarifverträge mit christlichen Gewerkschaften abgeschlossen. Durch einen Anschluß an den Hamburger Verband würden also die in den Konsumvereinen vertretenen christlichen Arbeiter die systematische Ausschaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisation gutheißen. Daß es dem Zentralverband in Hamburg um ein Hand- in Handarbeiten mit der deutschen Sozialdemokratie zu tun ist, ergibt sich weiterhin aus der von seinem Vorstandemitglied von Elm auf dem internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen eingebrachten Resolution, worin die Forderung erhoben wurde, daß die Konsumvereine-Organisation ein Mittel zur Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft sein soll, daß dieselbe einheitlich mit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation gegen den Kapitalismus zu kämpfen habe. In der auf dieser Tagung unter Mitwirkung leitender Kreise des Zentralverbandes in Hamburg zustande gekommenen Resolution werden die Arbeiter aufgefordert, in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken. Dieselbe fand dann auf dem internationalen Genossenschaftskongress in Hamburg wiederum die volle Zustimmung der Anhänger der Hamburger Richtung.

Jedwede Unterhügung des Hamburger Zentralverbandes durch christliche Arbeiter ist so eine unverzeihliche Kurzsichtigkeit. Nicht mit Unrecht können die Gegner hier das Wort parodieren: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Wegzoger selber.“ Für die von christlichen Arbeitern gegründeten und geleiteten Konsumvereine im Westen Deutschlands ist und bleibt die heutzutage Zentralorganisation der Verbände weidenschaftlicher Konsumvereine (Sitz Mülheim a. Rh.) Dieser bietet Gewähr dafür, daß die Organisationen der christlichen Arbeiter bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinsbetrieben völlige Sachverständigung finden und daß jedwede politische Verengung der christlichen Arbeiter nicht verlegt wird.

Soziale Wahlen. In Singen a. N. wurden bei der Gewerbegerichtswahl 255 Stimmen für die Liste der Christl. Arbeiter, 47 für die der Genossen und 125 für die Gelben abgegeben. Da Verhältniswahl stattfand, erhalten die Christl. Arbeiter 2, die „Genossen“ 5 und die Gelben 1 Beisitzer. — In Manen opponierten die christlich-organisierten Arbeiter bei der Gewerbegerichtswahl gegen das unparitätische Wahlsystem durch Abwesenheit und Beisitzer gewählt, von denen man nicht weiß, wohin sie zu zählen sind. — Bei der Krankenversicherungswahl in St. Jürgert entfielen auf die christlich-nationale Liste 120, auf die „freie“ Liste 100 Stimmen. Da die relative Mehrheit entscheidet, wurden sonach nur Kandidaten der christlich-nationalen Liste gewählt.

Internationale Brüderlichkeit. Eine Singer-Erinnerung. Des Sozialistenführers Tod gibt der Bremer „Weser-Zeitung“

